

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend,

Redaktion: **V. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal **M. 1,50.**

Inhalt:

	Seite
Jahresbericht des Central-Arbeiterssekretariats für das Jahr 1906	225
Wirtschaftliche Rundschau	229
Arbeiterbewegung. Aus den deutschen Gewerkschaften. — Aus der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung	281
Kongresse. Achte Generalversammlung des Centralverbandes der Glasarbeiter ufm. Deutschlands. — Sechste Generalver-	

	Seite
sammlung des Verbandes der Kupfer- schmiede Deutschlands. — Zweiter Ver- bandsstag der Portefeuille- und Leder- galanteriearbeiter Deutschlands. — Dritter Verbandsstag des Verbandes der Hotel- diener Deutschlands	233
Lohnbewegungen. Streiks und Aussperrungen	240
Unternehmerkreise. Gewerkschaftliche Aktionäre	240

Jahresbericht des Central-Arbeiterssekretariats für das Jahr 1906.

Im Verlauf der letzten Wahltagation sind wiederholt in Versammlungen mit außerordentlichem Nachdruck die Wohlthaten, die die Versicherungsgesetzgebung für die Arbeiter geschaffen hat, lobend erwähnt. Nicht selten wurde versucht, den Eindruck zu erwecken, als ob der Arbeiter gegen alle Unbill, die Krankheit, Unfall und Altersgebrechen über ihn verhängen können, geschützt und gesichert dastehet. Wer aber, wie wir, täglich mit den Leuten zu tun hat, die Ansprüche auf dem Gebiete des Versicherungswesens erheben, kann in dieses uneingeschränkte Lob nicht einstimmen. Es liegt uns fern, die Bedeutung der Versicherungseinrichtungen in Deutschland zu unterschätzen, aber es darf wohl mit Recht betont werden, daß die Lasten, mit denen der moderne Industrialismus das große Heer der Arbeiterschaft belastet, und die Leiden, denen die Arbeiterschaft in Stadt und Land vermöge ihrer ganzen sozialen Stellung ausgesetzt ist, durch die Versicherungseinrichtungen nicht so gemildert werden, daß man mit voller Befriedigung der heutigen sozialen Fürsorge gegenüberstehen kann. Es bedarf an dieser Stelle kaum eines Hinweises, wie winzig die Renten für invalide Arbeiter oder für Altersrentner sind. Die Beträge reichen nicht aus, um einem Arbeiter auch die bescheidenste Existenz zu sichern. Es darf aber nicht unberücksichtigt bleiben, in welchem Zustande wirtschaftlichen Verfalls der Arbeiter angelangt ist, ehe er in den Genuß einer Invalidenrente kommt. Denn der Unglückliche, dessen Arbeitskraft durch Krankheit langsam verjagt, bekommt erst dann eine Rente, wenn er nicht mehr $\frac{1}{3}$ dessen verdienen kann, was er bei voller Gesundheit erreichte. Diesem Verfall seiner Arbeitskraft steht natürlich der langsame wirtschaftliche Verfall zur Seite, so daß, wenn der Unglückliche schließlich in den Besitz der geringen Rente kommt, er körperlich und wirtschaftlich zugrunde gerichtet ist. Um so bedauerlicher ist es, daß das Reichsversicherungsamt dem vielfachen Drängen arbeiterfeindlicher Politiker, die über das Anwachsen der Ausgaben der Landesversicherungsanstalten ein großes Gallo erhoben, nach-

gab und gegen die in einigen Versicherungsanstalten loyale und wohlvollende Auslegung der Invalidität des Versicherten Einspruch erhob, um durch eine strengere Festsetzung der Grenze der Invalidität die Zahl der Rentenbewerber herabzudrücken. Infolge dieser Maßnahmen sind an Invalidenrenten im Jahre 1905 nur 122 869 bewilligt, während 1903, ehe die Maßnahme des Reichsversicherungsamts einsetzte, 152 871 Renten bewilligt wurden.

In der Unfallversicherung versuchen arbeiterfeindliche Elemente dafür Stimmung zu machen, daß die niedrigen Rentenbeträge beseitigt werden. Als Begründung für diese Stellung wird angeführt, daß nicht selten die Arbeiter wieder durch Anpassung an die Verhältnisse den gleichen Lohn wie früher erzielen. Diese Argumentation irrt in vielen Fällen. Durch die Folgen des Unfalls ist sehr oft dem jungen Arbeiter die Möglichkeit genommen, zu einer qualifizierteren Beschäftigung überzugehen, in seinem Beruf eine bessere Stellung zu erlangen. In zahlreichen Fällen ist er in der Auswahl der Arbeit beschränkt, der augenblickliche Verdienst nur von Zufällen abhängig, desgleichen sind Verkrüppelungen der Gliedmaßen, obwohl der Arbeiter noch voll leistungsfähig ist, ein Hinderungsgrund bei der Arbeitsbewerbung. Der Unternehmer bedorzt gesunde Arbeiter und nicht selten hört man von den Verletzten die Klage, daß, sowie der Fabrikant sieht, der Arbeiter hat den Verlust eines oder mehrerer Finger zu beklagen, er nicht eingestellt oder sofort entlassen wird, denn der Fabrikant hat nicht das Zutrauen zu dem Arbeiter, daß er bei dieser Verkrüppelung über eine große Leistungsfähigkeit verfügt. Zudem schätzt heute schon das Reichsversicherungsamt den Verlust des kleinen Fingers oder des Ringfingers, in einigen Fällen sogar des Mittelfingers der rechten Hand als eine meßbare Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit nicht ein, so daß heute schon gewisse Schäden gar nicht berücksichtigt werden bei der Rentenabmessung. Vor nicht langer Zeit ist einem Arbeiter für Verlust des Mittel- und Ringfingers der linken Hand 15 Proz.

Rente gewährt. Man nimmt also an, daß der Arbeiter mit den 3 gesunden Fingern der linken Hand eine Arbeitseinbuße von nur 15 Proz. zu beklagen hat. Gegenüber solchen Rentenbeträgen erscheint es wohl sehr unangebracht, sich zu entrichten, daß Rentenätze von 15 und 20 Proz. überhaupt bewilligt werden. Daneben versuchen die Berufs-genossenschaften, so vor allem die Knappschafts-Berufs-genossenschaft, in wichtigen Fällen ohne jedes soziale Empfinden sich der Rentenverpflichtung zu entziehen. Unausgesetzt versucht die Knappschafts-Berufs-genossenschaft, die Ärmsten, die einmal durch Außerachtlassung der bergpolizeilichen Vorschriften zu Unfall kommen, ihre Rente zu kürzen oder den Hinterbliebenen die Rente ganz zu versagen. Nur mit Mühe und Not gelingt es in den meisten Fällen, beim Reichsversicherungsamt eine mildere Auffassung durchzusetzen, die Uebertretung der bergpolizeilichen Vorschriften nicht mit jener sozialen Rücksichtslosigkeit zu beurteilen, wie es die Herren Grubenbarone belieben.

Was will bei allem Lob der Versicherungseinrichtungen es besagen, wenn die Witwe eines zu Tode gekommenen Arbeiters 20 Proz. des Jahresarbeitsverdienstes des Verstorbenen als Unterstützung erhält. Das ist ein so minimaler Betrag, der nicht verhindern kann, daß die schwerste Not und das größte Elend in die Familie einzieht, die von dem herben Schlage betroffen wird, ihren Ernährer zu verlieren. Und wenn bei einer größeren Kinderzahl diese Rente im Höchstfalle auf 60 Proz. des Jahresarbeitsverdienstes steigt, so ist auch dort nur die soziale Fürsorge ein schwaches Hilfsmittel. Wie viele Witwen, die ihren Sohn verlieren, der ihr einziger Ernährer war, haben keinen Anspruch auf irgend welche Entschädigung, weil sie nicht nachweisen können, daß der Verstorbene, wie die gesetzliche Vorschrift besagt, ganz oder überwiegend ihren Lebensunterhalt bestritten hat. Aus den Mängeln dieser sozialen Fürsorge erklärt es sich, wenn nach dem schrecklichen Unglück auf der Grube Neben neben den Versicherungseinrichtungen die private Wohlthätigkeit tüchtig eingreifen mußte. Wir verkennen nicht den Wert und die Bedeutung der Versicherungseinrichtungen, aber die überschwenglichen Lobeshymnen sind unangebracht.

Das Central-Arbeitersekretariat wies im Jahre 1906, im 4. Geschäftsjahre, die gleiche rege Inanspruchnahme auf, wie sie in dem vorausgegangenen Bericht zu verzeichnen ist. Die eingelaufenen Streitsachen, die uns zur Vertretung vor dem Reichsversicherungsamt und Schiedsgericht überwiesen wurden, betragen 1197 gegen 1098 im Jahre 1905. Die Korrespondenz ergibt eine erhebliche Steigerung, da durch die Agitation und Vorbereitung für die Wahlen zum Reichsversicherungsamt ein außerordentlich umfangreicher schriftlicher Verkehr mit den Gewerkschaftskartellen und Arbeitersekretariaten notwendig wurde. An Eingängen hatten wir im Jahre 1906 4971 zu verzeichnen, gegen 4136 im Jahre 1905. Die Zahl der Ausgänge betrug 13 028, gegen 4407 im Jahre 1905. Unter den Eingängen befanden sich 4637 Briefe und Aktensendungen, 268 Postkarten, 25 Postanweisungen, 35 Pakete und 6 Drucksachen. Die Ausgänge betrafen 12 707 Briefe, 132 Postkarten, 33 Postanweisungen, 11 Pakete und 145 Drucksachen.

Die Anfragen, die schriftliche Auskunft über Rechtsfragen verlangten, steigerten sich von 646 im Jahre 1905 auf 671 im Jahre 1906.

Die Streitsachen, die Unfall- oder Invalidenrenten betrafen, gingen uns von folgenden Stellen zu:

Arbeitersekretariat Aachen	1
" Altenburg	6
" Altona	1
" Bant	6
" Barmen	11
" Bielefeld	5
" Bochum	38
" Brandenburg	4
" Bremen	23
" Bremerhaven	2
" Breslau	10
" Bromberg	2
" Cassel	1
" Castrop	10
" Chemnitz	15
" Köln a. Rh.	17
" Cottbus	6
" Crefeld	5
" Darmstadt	1
" Dessau	4
" Dortmund	40
" Dresden	17
" Düsseldorf	22
" Duisburg	3
" Essen	12
" Forst	1
" Frankfurt a. M.	54
" Kärth	4
" Gelsenkirchen	30
" Gera	4
" Gotha	6
" Guben	2
" Halle	8
" Hamburg	36
" Hamm	5
" Hanau	5
" Hannover	8
" Harburg	2
" Herne	1
" Hildesheim	2
" Karlsruhe	5
" Rattowig	24
" Kiel	11
" Leipzig	17
" Lübeck	33
" Lüdenscheid	8
" Luckenwalde	6
" Magdeburg	34
" Mannheim	10
" Meißn	3
" München	44
" Neu-Stuppin	3
" Nürnberg	2
" Oberhausen	26
" Osnabrück	2
" Pforzheim	3
" Reddinghausen	12
" Rostock	1
" Solingen	3
" St. Johann	6
" Stettin	21
" Strazburg i. El.	3
" Stuttgart	15
" Wunsiedel	1
Gewerkschaftskartelle	62
Gewerkschaften	185
Kläger	154
Andere Personen	73
Gesamtzahl	1197

Den 1197 im Jahre 1906 eingegangenen Streitsachen standen 1098 im Jahre 1905, 968 im Jahre

1904 und 633 im Jahre 1903 gegenüber. Im vorigen Jahre waren aus dem Jahre 1903 1, 1904 34, 1905 273 Streitsachen unerledigt geblieben. Mit den 1197 Eingängen aus dem Jahre 1906 waren mithin 1505 Streitsachen zu bearbeiten. Am Schlusse des Jahres waren davon durch Urteil entschieden 1237, unerledigt blieben 4 Streitsachen aus dem Jahre 1905 und 264 aus dem Jahre 1906.

Unfallrente.

Von diesen 1237 im Jahre 1906 erledigten Streitsachen betrafen 1151 Ansprüche auf Grund der Unfallversicherungsgesetze. In 56 Fällen war der Refurs sowohl von der Berufsgenossenschaft wie vom Verletzten eingelegt, so daß die Zahl der Refurse 1179 betrug. Von diesen Ansprüchen erwiesen sich nach näherer Prüfung und im Laufe des Verfahrens 250 als vollkommen aussichtslos, weshalb nach Rücksprache mit den Verletzten in 17 Fällen der Refurs zurückgenommen wurde, in den übrigen eine mündliche Vertretung nicht stattfand. Von den 929 Refursen, die in mündlicher Verhandlung vertreten wurden, sind 493 voll oder teilweise zugunsten der Verletzten und 436 zuungunsten der Verletzten entschieden. Wie sich die Entscheidungen, gruppiert nach den Ansprüchen und auf die einzelnen Berufsgenossenschaften verteilen, ergeben die folgenden Tabellen:

Die Streitsachen auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes betrafen:

Gegenstand	Zahl der Fälle	Entscheidung für den Verletzten		Vertretung abgelehnt	Refurs zurückgenommen	
		zugunsten	zuungunsten		Berufsgenoss.	Verletzten
Anerkennung eines Vertriebsunfalls	73	40	24	9	—	—
Höhe der ersten Rentensfestsetzung	227	94	74	53	2	4
Herabsetzung der Rente strittig, ob Krankheit	584	252	217	103	5	7
Anfallfolge	80	26	37	24	—	2
Antrag auf höhere Rente wegen Verschlimmerung des Leidens	65	16	30	18	—	1
Witwenrente	13	6	4	2	1	—
Hinterbliebenenrente	69	26	34	8	1	—
Witwentenrente	7	2	4	1	—	—
Unzulässiger Bescheid	2	1	—	1	—	—
Unzulässiger Refurs	11	—	4	4	—	3
Verjährung, Wiederaufnahme d. Verfahrens, Wiedereinsetzen in den vorigen Stand	14	7	2	5	—	—
Höhe der Kosten strittig	1	1	—	—	—	—
Höhe des Jahresarbeitsverdienstes strittig	24	13	6	5	—	—
Summa	1179	484	436	233	9	17

Invalidenrentenstreitsachen.

Von den im Jahre 1906 zur Erledigung gekommenen 86 Ansprüchen auf Invalidenrente mußten 10 wegen vollständiger Aussichtslosigkeit zurückgewiesen und 4 aus dem gleichen Grunde mit Einverständnis der Versicherten zurückgenommen werden. Von den 71 in mündlicher Verhandlung vertretenen Revisionen wurden 35 Revisionen der Versicherten und 3 Revisionen der Landesversiche-

rungsanstalten zurückgewiesen. Stattgegeben wurde der Revision der Versicherten in 27 Fällen, der Landesversicherungsanstalten in 6 Fällen. In der Regel erfolgt bei Invalidensachen, da es sich beim Reichsversicherungsamt nur um Revisionsmittel handelt, wenn nicht die Abweisung erfolgt, eine Zurückweisung an das Schiedsgericht. Damit ist für den Versicherten die Möglichkeit gegeben, aufs neue seine Beweise für das Vorhandensein der Invalidität vorzubringen. Die Zahl der Invalidenrentenstreitsachen, die uns überwiesen wird, ist immerhin eine verhältnismäßig geringe.

Der Verkehr mit den Behörden regelte sich in zufriedenstellender Weise und einige Berufsgenossenschaften, die ihre starke Abneigung gegen Arbeiterssekretariate deutlich erkennen lassen, scheinen sich auch immer mehr mit der Tatsache abzufinden, daß sie unserem Eingreifen keinen Widerstand entgegenzusetzen können. Zufriedenstellend ist auch das Entgegenkommen, das wir bei unserer umfangreichen Arbeit auf dem Reichsversicherungsamt finden. Desgleichen sprechen wir an dieser Stelle den Herren ärztlichen Gutachtern, die sich der Mühe unterzogen, in vielen Streitfällen in vorurteilsfreier Weise eine Nachprüfung der ärztlichen Gutachten vorzunehmen, unseren Dank aus. Es ist selbstverständlich, daß wir nicht in allen Streitsachen ärztlichen Rat in Anspruch genommen haben, aber in einigen recht wichtigen und vom medizinischen Standpunkt aus schwer zu beurteilenden Fragen haben wir den Rat der ärztlichen Sachverständigen, die sich uns feinerzeit durch Vermittlung des Vereins freigewählter Kassenärzte zur Verfügung stellten, eingeholt. In den Fällen, wo die ärztlichen Sachverständigen sich dem ablehnenden Standpunkte der Berufsgenossenschaft und der von dieser herangezogenen Ärzte anschlossen, gestaltete sich in der Regel der Anspruch der Verletzten aussichtslos. In anderen Fällen ist es uns gelungen, durch sehr eingehend begründete Gutachten hervorragender Berliner Ärzte eine für die Verletzten oder Hinterbliebenen günstige Beurteilung beim Reichsversicherungsamt durchzusetzen.

Wahlen zum Reichsversicherungsamt.

Wie schon eingangs bemerkt, erforderten die Wahlen zum Reichsversicherungsamt eine sehr eingehende Vorarbeit, die sich leider auch auf einen kurzen Zeitraum erstrecken mußte. Die Vorbereitungen sind deshalb auch vielfach in nicht befriedigender Weise erledigt. Die Schwierigkeit bestand darin, daß wir bis kurz vor der Wahl in Zweifel waren, ob der Bundesrat dem Vorschlage des Reichsversicherungsamts folgen und die Wahl nach Bezirken oder, wie bisher, über ganz Deutschland einheitlich vornehmen lassen würde. Je nach der Entscheidung mußte natürlich unsere Organisation und Vorbereitung anders geartet sein. Wir hatten die Absicht, sollte der alte Wahlmodus beibehalten werden, der eine Liste für ganz Deutschland voraussetzt, eine Konferenz der Beteiligten einzuberufen. Diese Konferenz mußte sich erübrigen, wenn bezirksweise gewählt wurde. Unmittelbar nach der Bekanntgabe des Entschlusses des Bundesrats, der den Vorschlag des Reichsversicherungsamts ablehnte, mußten schnell die Vorbereitungen zur Wahl in die Wege geleitet werden und blieb keine Zeit zur Einberufung einer Konferenz. Es war deshalb unsererseits vorgesehen, daß für jede Landesversicherungsanstalt entsprechend der Zahl der Versicherten unter Leitung des im Bezirke ansässigen Arbeiterssekretariats oder Gewerkschaftskartells eine Vorschlagsliste für die Weisiger zum Reichsversiche-

rungsamt uns übermittelt wurde. Die Aufstellung der Kandidaten erfolgte in einigen Bezirken ziemlich willkürlich und hat manche Mißstimmung hervorgerufen, die zu beseitigen aber leider nicht in unserer Macht lag. Es bestätigte sich bei diesen Wahlen, was wir seinerzeit schon in bezug auf die Wahlen der Beisitzer zur unteren Verwaltungsbehörde sagten: Unsere Gewerkschaftskartelle und Arbeitersekretariate kümmern sich zumeist viel zu wenig um die Organisation der Krankenkassen, die Wahlen der Beisitzer zum Schiedsgericht und die Vertretung in den Landesversicherungsanstalten. Die Gewerkschaftskartelle werden gut tun, sich mehr, als dies bisher geschehen ist, um die Arbeitervertretung, die durch die Versicherungsgesetzgebung geschaffen ist, zu kümmern und dafür zu sorgen, daß tüchtige sozialpolitisch verständige Leute, die in ruhiger, sachlicher Weise es verstehen, die Ansprüche der Arbeiter zu vertreten, als Vertreter in die Versicherungskorporationen gewählt werden. Das Ergebnis der Wahlen zur unteren Verwaltungsbehörde im Jahre 1904 war ein unbefriedigendes. Wie wenig sich beispielsweise die Gewerkschaftskartelle um die Vertretung in den Versicherungseinrichtungen bemühen, ergibt sich daraus, daß die meisten uns weder die Namen noch die Zahl der Schiedsgerichtsbeisitzer noch die Vertreter der Arbeiter in der Landesversicherungsanstalt ihres Bezirks angeben konnten. Nach unserer Meinung muß, wie das in einigen Städten in musterhafter Weise durchgeführt ist, eine enge Beziehung der Schiedsgerichtsbeisitzer und der Vertreter in den Landesversicherungsanstalten zu den Gewerkschaftskartellen und Arbeitersekretariaten bestehen. Wäre das der Fall, dann würden die Wahlen zum Reichsversicherungsamt ein noch günstigeres Ergebnis gezeitigt haben, wie wir es zu verzeichnen haben.

Die Wahlen der nichtständigen Mitglieder zum Reichsversicherungsamt ergaben gegen das Jahr 1901, der vorausgegangenen Wahl, wohl eine stärkere Beteiligung der Schiedsgerichtsbeisitzer, aber kein günstiges Stimmenverhältnis. Für die gewerblichen Berufsgenossenschaften waren bei der Wahl im Jahre 1901 2409 Beisitzer der Schiedsgerichte Wähler. Von diesen stimmten 1857, so daß 552 ihr Wahlrecht nicht ausgeübt haben. Im Jahre 1906 hatten wir 2855 Beisitzer der Schiedsgerichte als Wähler, von denen 2510 ihre Stimme abgaben, mithin 345 sich der Wahl enthielten. Für die landwirtschaftlichen Versicherten hatten 1901 903 Beisitzer der Schiedsgerichte Stimmrecht. Davon stimmten 486 ab. Mithin enthielten sich 417 der Stimme. 1906 hatten wir 1121 Beisitzer der Schiedsgerichte. Von diesen beteiligten sich an der Wahl 931, so daß 190 von der Wahl fern blieben. Die von uns vorgeschlagene Liste für Industrie und Gewerbe erlang 1901 6 038 333 Stimmen, 1906 sank diese Zahl auf 4 855 956 Stimmen. Dennoch ist unsere Liste gewählt. Wie groß die Stimmenzahl der Gegner war, ist leider aus dem amtlichen Ergebnis nicht zu ersehen. Die Zahl der gewerblichen Unfallversicherten beträgt rund 8 Millionen. Auf Grund ungefährender Schätzung kann man annehmen, daß die der Wahl ferngebliebenen Schiedsgerichtsbeisitzer rund 1 Million Versicherte vertreten. Auf die „Christlich-nationale“ Liste werden also etwa 3 Millionen Stimmen entfallen sein. Unsere Liste hat demnach nicht nur die absolute Majorität der Abstimmenden auf sich vereinigt, es hat auch die Mehrheit der Wahlberechtigten für dieselbe gestimmt. Die Liste für die Landwirtschaft unterlag bei der diesmaligen Wahl, und zwar er-

hielten unsere Kandidaten bis zu 1 422 569 Stimmen, während wir im Jahre 1901 2 256 198 Stimmen erlangten. Die Gegner (die „Christlich-nationalen“) überflügelten uns mit 1 904 359 Stimmen. Wenn trotzdem 14 unserer Kandidaten gewählt wurden, so geschah es nur durch die mangelhafte Vorbereitung der Gegner, denn 14 der Gewählten lehnten es ab, die Wahl anzunehmen. Diese 14 Ablehnungen verschafften für unsere Liste das Aufrücken in diese Stellen. Es ergibt sich daraus, daß die Gegner ganz planlos mit der Aufstellung der Kandidaten vorgegangen sind, denn sie müssen nicht einmal die von ihnen aufgestellten Arbeiter gefragt haben; ob sie eventuell dieses Amt annehmen wollen; noch weniger sind die Leute informiert, was sie eigentlich an der Stelle für Aufgaben zu erfüllen haben. Eine solche Arbeitervertretung ist natürlich vollständig zwecklos.

Dagegen haben wir den Erfolg zu verzeichnen, daß die Liste unserer Arbeitervertreter für die See-Berufsgenossenschaft durchgedrungen ist und die bisherige Vertretung der Rheder ausgemerzt wurde. Stimmenverhältnis ist hier nicht gegenüberzustellen, da uns nicht bekannt ist, welche Stimmen im Jahre 1901 auf unsere Liste sich vereinigten.

Das Gesamtergebnis der Wahl hätte besser sein können. Es wird deshalb Aufgabe der Gewerkschaftskartelle und Arbeitersekretariate sein müssen, mehr als bisher sich der Aufgabe zu widmen, die zu pflegen im sozialpolitischen Interesse dringend erforderlich ist. Für die Mitarbeit der Arbeiter an sozialpolitischen Aufgaben — mag der Einfluß dieser Arbeitervertreter auch gering sein — müssen wir mit allen Kräften wirken, denn es handelt sich um wichtige Interessen der Arbeiterschaft, die nicht unberücksichtigt bleiben dürfen.

Das Central-Arbeitersekretariat.

Wirtschaftliche Rundschau.

Teilweise Wiederberuhigung an den Börsen. — Noch immer abnorm starke Anspannung der Notenbanken. — Beginn einer Produktionskrisis? — Die Preiserhöhung des Kohlenhubschmitts.

Der Grundzug der aufsehenerregenden Vorgänge, die sich in den letzten Wochen diesseits und jenseits des Ozeans abspielten, ließ sich etwa in folgender Weise kennzeichnen: Ueberanspannung des Geldmarktes und der großen Centralbanken und im Gefolge davon eine zeitweilige Kreditkrisis, die an den Börsen schwere Verheerungen anrichtete, die jedoch den eigentlichen Grundstock unseres Wirtschaftslebens, die Produktion und den Warenabsatz, zunächst wenig oder noch gar nicht berührte.

Im großen und ganzen wird man sagen dürfen, daß dieser Grundzug sich erhalten hat. Neu hinzugekommen ist unterdes nur eine gewisse Erleichterung der Börsenstimmung — wie gewöhnlich nach dem ersten Ausstoben einer Panik.

Der Wetterwinkel war und blieb Amerika. Hier kamen in der zweiten Hälfte des März die enormen Kursschwankungen, die den 13. und 14. März zu den beiden kritischsten Tagen machten, mehr und mehr zur Ruhe. Die Spekulation schränkte sich zusehends ein, offenbar nach der Ausschaltung zahlreicher, kapitalschwacher Mitspieler; in New York trat an Stelle der Tagesumsätze von 2 bis 2½ Millionen Stück Aktien ein Umschlag von etwa einer Million, also von weniger wie die Hälfte. Die Bahngesellschaften vertagten ihre Ansprüche auf Geran-

Berufs- Genossenschaften	Dem Refus der Berufsgenossenschaft wurde				Dem Refus der Verletzten resp. Hinterbliebenen wurde			Bergricht	Zurückgenommen oder Berichtigung abgelehnt	Zusammen
	hatte gegeben	teilweise hatte gegeben	nicht hatte gegeben	zurück- genommen od. Bergricht	hatte gegeben	teilweise hatte gegeben	nicht hatte gegeben			
Knappenschaft	3	—	17	—	69	13	92	—	60	254
Steinbruch	1	—	2	1	5	1	5	—	5	20
Feinmechanik	3	—	3	—	1	—	3	—	5	15
Südd. Eisen- u. Stahl	4	—	5	—	9	1	6	—	9	34
Südwestdeutsche Eisen	1	—	—	—	2	—	6	—	1	10
Rhein-Westf. Hütten- u. Walzwerk	1	—	—	—	12	2	12	—	3	30
Maschinenbau- u. Kleineisenindustrie	4	1	8	—	4	1	9	—	7	34
Sächs.-Thür. Eisen- u. Stahl	3	—	6	—	5	2	14	—	8	38
Nordöstl. Eisen- u. Stahl	1	—	2	1	4	—	5	—	5	18
Schles. Eisen- u. Stahl	—	—	—	—	1	1	4	—	4	10
Nordwestl. Eisen- u. Stahl	5	1	9	1	4	1	9	—	15	45
Südd. Edel- und Unedelmetall	—	—	2	—	—	—	1	—	4	7
Nordd. Metall	1	—	1	—	—	—	—	—	—	2
Musikinstrumenten-Industrie	—	—	1	—	2	—	—	—	—	3
Glas	1	—	—	—	3	—	3	—	1	8
Töpferei	1	—	1	—	—	—	1	—	—	3
Ziegelei	1	2	2	1	2	1	7	—	—	16
Chemische Industrie	4	4	5	1	5	1	3	—	5	28
Gas- u. Wasserwerke	—	—	1	—	—	—	2	—	—	3
Leinen	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1
Norddeutsche Textil	3	1	3	1	1	1	4	—	2	16
Süddeutsche Textil	—	—	—	—	—	—	2	—	1	3
Schlesische Textil	—	—	—	—	2	—	1	—	2	5
Elb-Lothringen Textil	—	—	—	—	1	—	1	—	—	2
Rhein-Westf. Textil	—	—	—	—	3	1	1	—	2	7
Seiden	—	—	—	—	1	—	2	—	—	3
Papiermacher	3	—	—	—	2	1	—	—	3	9
Papierverarbeitung	—	—	2	—	2	—	1	—	1	6
Lederindustrie	1	1	—	—	5	—	5	—	—	12
Norddeutsche Holz	5	1	10	1	8	3	21	3	20	72
Südwestdeutsche Holz	—	—	3	—	—	—	1	—	2	6
Müllerei	2	—	4	—	2	—	4	—	3	15
Nahrungsmittelindustrie	1	—	1	—	1	1	4	—	—	8
Zucker	—	—	1	—	2	—	2	—	1	6
Molkerei-, Brennerei- u. Stärkeindustrie	—	—	—	—	—	—	1	—	1	2
Brauerei- u. Mälzerei	1	1	10	—	6	1	13	—	9	41
Tabak	—	—	—	—	—	—	2	—	—	2
Bekleidungsindustrie	2	—	1	—	2	1	2	—	—	8
Hamburgische Baugewerk	—	—	2	—	5	1	7	—	1	16
Nordöstliche Baugewerk	1	2	2	2	12	1	10	2	8	40
Schlesisch-Posensche Baugewerk	—	—	—	—	7	1	3	—	3	14
Hannov. Baugewerk	—	1	4	—	2	—	5	—	3	15
Magdeburg. Baugewerk	2	—	6	—	4	—	6	1	1	20
Sächs. Baugewerk	1	—	11	—	3	—	7	—	3	25
Thüring. Baugewerk	—	1	2	—	—	—	4	—	3	10
Hessen-Nass. Baugewerk	1	2	1	—	4	1	6	—	3	18
Rhein-Westf. Baugewerk	—	—	1	—	3	3	8	—	6	21
Südwestl. Baugewerk	2	—	1	—	4	—	2	—	1	10
Deutsche Buchdrucker	2	—	1	—	3	—	5	—	1	12
Privatbahn	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2
Strassen- u. Kleinbahn	1	—	1	1	—	—	2	—	3	8
Lagerei	2	—	2	—	6	3	10	—	13	36
Zuhrwerk	1	2	1	—	4	—	5	—	2	15
Westd. Binnenschiffahrt	—	—	—	—	2	—	—	—	1	3
Elbschiffahrt	1	—	—	—	3	—	4	—	—	8
Ostd. Binnenschiffahrt	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1
See	—	—	—	—	1	—	2	—	—	3
Tiefbau	3	2	10	—	9	—	4	—	8	36
Fleischerei	—	—	—	—	1	—	1	—	—	2
Schmiede	2	1	1	—	1	1	2	—	—	8
Landwirtschaft	2	1	7	—	9	—	18	—	5	42
Eisenbahnfiskus	—	—	—	—	1	—	—	—	1	2
Berufsverwaltung	1	—	—	—	2	—	—	—	—	3
Militärfiskus	—	—	—	—	1	—	1	—	1	3
Kommunalverband	—	—	—	—	1	—	1	—	2	4
	74	24	153	10	256	44	302	6	250	1179

ziehung neuen Kapitals vorläufig. Das Washingtoner Schatzamt ließ abermals ansehnliche Bargeldbeträge dem freien Markt zufließen. So konnten sich die Kurse wieder etwas erholen, und der Zins für tägliches Geld, der an der kritischen Märzwoche bis auf 25 Proz. emporgesprungen war, steht in New York seit etwa einer Woche nicht höher wie 2½ bis 3 Proz. Damit wurde zugleich Europa die Sorge los, daß die Geldknappheit in Amerika unausgesetzt zu Goldentnahmen aus Europa zwingen könnte. Bis Anfang April flossen zwar noch schwache Goldmengen aus England ab; seitdem ist hierin ein Stillstand eingetreten.

Parallel mit dieser zunehmenden Sicherung nach außen hin lief für unsere europäischen Notenbanken zugleich eine Beruhigung durch die ganze inländische Entwicklung. Die Sorge, daß ein nochmaliges allgemeines Anziehen der Diskontschräube sich sofort als unvermeidlich herausstellen werde, kann als beseitigt gelten. Man hatte schon angekündigt, daß sich die Oesterreich-Ungarische Bank, hauptsächlich gegen die Schwächung durch deutsche Geldansprüche, durch Diskonterhöhung zur Wehre setzen werde; eine ähnliche Maßnahme hielt man für Frankreich nochmals für wahrscheinlich, das mit seinen reichen Barbeständen lange Zeit England und Amerika ausgeholfen hatte und sich nun selber eingeengt fühlte. Alle diese Schritte konnten unterbleiben; nach der Ueberwindung des Apriltermins steht auch der europäischen Geschäftswelt wieder reichlicheres „Geld“ zur Verfügung, in London wie in Berlin und anderwärts.

Im Vergleich zur eben überstandenen Periode wird man freilich hinzufügen müssen. Denn im Vergleich zu früheren und normalen Jahren stehen alle großen Notenbanken Europas belasteter als je da, und es ergeben deshalb die beweglichsten Ermahnungen an das Unternehmertum, an Reich, Staat und Gemeinden, ihren Kreditbegehrr einzuschränken oder für spätere Zeiten zurückzustellen. Selbst bei öffentlichen Körperschaften ist das jedoch leichter gesagt wie getan, da auch hier gewisse Leistungen und Einrichtungen nicht nach Belieben warten können und oft sogar durch die Wirtschaftsbelebung notwendig bedingt werden (wie die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Transportmittel für den Güter- und Personenverkehr). Das Waren produzierende und Waren handelnde Unternehmertum muß vollends die Nase pflücken, ehe sie verblüht, wenn die Beschaffung des unentbehrlichen fremden Leihkapitals auch noch so teuer zu stehen kommt.

Die Deutsche Reichsbank hat seit langen Jahren keinen so hohen Diskont um diese Jahreszeit erhoben. Dennoch ist ihr Metallbestand fortdauernd niedriger als in allen Vorjahren, zurück bis zum Jahre 1900, in dem bereits die letzte Krisis einsetzte. Damals bestand Ende März ein Diskont von 5½ Prozent, heute von 6 Proz. Damals fiel alsdann, mit der allgemeinen Abschwächung des Wirtschaftslebens, der Diskont auf 4½ Proz. im Jahre 1901 (immer Ende März), auf 3 Proz. in 1902. Er stieg dann wieder von Jahr zu Jahr: auf 3½ Proz., auf 4, auf 5, auf 5 Proz. (in 1906); er hatte Ende März 1899, so ziemlich auf dem Gipfel der letzten Hochkonjunktur, 4½ Proz. nicht überschritten. Man sieht, die jetzigen 6 Proz. sind für diese Jahreszeit ganz außergewöhnlich und trotzdem sind wir, wie erwähnt, nur mit knapper Not einer abermaligen Steigerung entgangen. Die letzte Märzwoche mit ihren allseitigen Zahlungshäufungen bringt natur-

gemäß stets einen Wettlauf nach den Bankkassen; diesmal war der Andrang, trotz aller schärferen Absperrung, toller als je! Die Schwächung der Reichsbank (Abnahme des Barbestandes plus Zunahme des Notenumlaufs) betrug diesmal im Vergleich zur Vorwoche 545,4 Millionen Mark, gegen 536,8 Millionen Mark in 1906, 482,8 Millionen Mark in 1905 und 501,4 Millionen Mark in 1904! Der Wechselbestand war Ende März noch niemals so hoch wie jetzt (1289,7 Millionen Mark); die vorjährige Ziffer (1099 Millionen Mark), die bereits einen Rekord bedeutete, ist um beinahe 200 Millionen Mark überholt worden. Die Notensteuerpflicht war ultimo März noch niemals so hoch (diesmal 400 Millionen Mark), 1906 236 Millionen Mark, 1905 nur 21 Millionen Mark — 1902 hatte die Reichsbank sogar eine steuerfreie Reserve von 101 Millionen Mark).

In England und Frankreich wiederholte sich die gleiche Erscheinung, obwohl weniger ausgeprägt und übertrieben. Stellt man neben den Ende März-Ausweis für Deutschland die ersten April-Ausweise für die Bank von England und die Banque de France, so stoßen wir auf folgendes Ergebnis bei dem diesmal doppelt wichtigen Quartalsumschlag:

	Reichsbank	Bank von England	Bank von Frankreich
	Metallvorrat:		
	Mt.	£tr.	Fr.
1905	1 015 884 000	38 745 000	3 868 759 000
1906	888 980 000	37 176 000	3 975 749 000
1907	775 972 000	34 341 000	3 555 571 000
	Notenumlauf:		
	Mt.	£tr.	Fr.
1905	1 543 505 000	28 760 000	4 413 605 000
1906	1 629 098 000	29 179 000	4 824 563 000
1907	1 731 486 000	28 930 000	4 954 681 000

Früher liefen die Banken hinter den Industriellen her, um sie zu „Anlagen“ und Erweiterungen zu animieren; heute ist das Geld- und Leihkapital die umworbene Partei, und die vermittelnden Banken müssen den Kreditverlangenden Zurückhaltung predigen, um nicht selber zu Kolossen auf lötnernen Füßen zu werden.

Indes hat die kleine Erleichterung des Zinsstandes genügt, um die in der vorigen Rundschau geschilderte Kursverwüstung leidlich wieder auszugleichen. Der Einfachheit wegen seien dieselben Stichproben für Montan-, Industrie-, Schifffahrts- und Bankwerte herausgegriffen. Es notierten an der Berliner Börse:

	am 8. März	am 23. März	am 6. April
Gelsenkirchen Bergw.	217,87	190,40	199,40
Böhning	207,75	181,—	193,75
Sarpener	215,75	199,30	208,60
Consolidation	428,—	405,—	417,50
Dtsch. Luxemburg	187,—	159,50	169,50
Laurahütte	233,75	215,50	224,75
Dortmunder Union	81,50	67,75	75,70
Bochumer Gußstahl	232,75	212,75	220,70
Rhein. Stahlwerke	193,25	174,—	186,—
Schering Chem. Fabrik	280,—	263,25	273,75
Hamburg-Amerika-Linie	148,75	135,50	137,—
Nordd. Lloyd	127,90	121,25	126,75
Deutsche Bank	241,50	234,10	230,40
Dresdner Bank	154,25	145,40	145,75
Darmstädter Bank	135,87	132,25	136,80

Trotz aller Besserung sind also die Kurse von Anfang März noch lange nicht wieder erreicht, geschweige denn die Kurse vor der ganzen Ab-

flaumungszeit, die eigentlich an den deutschen Börsen schon mit dem November 1906 begonnen hat (vergl. die vorige Rundschau). Die misstrauische Bewertung der Banken, die, wie die Deutsche und die Dresdner Bank so eng mit der Industrie und der Börse, auch des Auslandes, verbunden sind, ist vielleicht am bezeichnendsten für die ganze Lage.

Trotzdem bleibt es noch immer wahr, daß die Produktion von einer Krisis im alten Sinne, das heißt von einer Störung im Absatz und einem Rückgang in den Bestellungen, nach wie vor verschont geblieben ist. Es liegen also für die Arbeitergewerkschaften mancherlei Anzeichen vor, die zur ruhigen Vorbereitung auf zukünftige, weniger günstige Zeiten mahnen, aber noch keinerlei Anzeichen, die schon heute zur reinen Defensivdrängen könnten. Vielleicht wäre es gut, wenn manche uns nahestehende Blätter etwas weniger Katastrophensensation treiben und etwas ruhiger die ausschlaggebenden Tatsachen abwägen wollten.

Vorläufig ist der Warenpreis hochstand, dem für uns eine ganz andere symptomatische Bedeutung zukommt wie dem Börsenkursstand, im allgemeinen noch unerschüttert. Von wenigen Ausnahmefällen abgesehen, wie beim Kupfer, dessen eigenartigen Markt wir oft genug schilderten; gerade die Kupfer verbrauchenden Industrien sind nach wie vor gut beschäftigt, dagegen ist der preistreibenden und Vorräte sperrenden Spekulation vorzeitig durch die Geldteuerung und Krediterschwerung der Atem ausgegangen.

Inmerhin mag in der Produktion wieder einmal der Gipfel erreicht sein, von dem aus es kein Höher mehr gibt. Charakteristischweise ist auch diesmal, wie in der Vorperiode, der beginnende Umschlag wieder von einer Brennstoffverteuerung begleitet. Ab 1. April gelten beim rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat die neuen Preise, so daß sich an der Düsseldorf Börse gegen früher folgende Notierungen ergeben: Gas- und Flammkohlen: Gaskohle für Leuchtgasbereitung für Sommermonate 12,50—13,50 Mk., für Wintermonate 13,50—14,50 Mk. (früher 11,50—13,50 Mk.), Generatorkohle 12,75—13,75 Mk. (12,25—12,50 Mk.), Gasflammförderkohle 11,75—12,75 Mk. (10,50—11,00 Mk.); Fettkohlen: Förderkohle 11,00—11,50 Mk., beste melierte Kohle 12,10—12,60 Mk. (11,10 bis 11,60 Mk.), Koks: Förderkohle 12,25—12,75 Mk. (10,60 bis 11,00 Mk.); Magere Kohle: Förderkohle 10,50—11,50 Mk. (9,00—10,00 Mk.), melierte Kohle 12,25—13,75 Mk. (10,25—11,25 Mk.); Rußkohle Storn II (Anthracit) für Sommermonate 21,00 bis 22,00 Mk., für Wintermonate 23,50—24,50 Mk. (19,50—24,00 Mk.); Koks: Gießereikoks 19—20 Mk. (18—19 Mk.), Hochofenkoks 17,50—19,00 Mk. (15,50—17,50 Mk.), Rußkoks 19,50—21,00 Mk. (18,90—19,50 Mk.); Briketts 11,50—14,25 Mk. (10,75 bis 13,50 Mk.). Im Durchschnitt betragen demnach die Preiserhöhungen etwas mehr als 1 Mk.

Berlin, 7. April 1907.

Max Schippel.

Arbeiterbewegung.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Das Tarifamt der deutschen Buchdrucker wird am 20. April eine Statistik der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in allen Buchdruckereien des Deutschen Reiches, sowohl in tarif-treuen, als in nichttariflichen, aufnehmen.

Der Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes wird in Ausführung der Beschlüsse der vorjährigen Zieglerkonferenz in den nächsten Wochen eine intensive Agitation zur Gewinnung der Zieglerarbeiter einleiten. Derselben soll eine allgemeine Flugblattverbreitung in Ziegeleien vorgehen. Wir ersuchen die Genossen, den Verband in dieser Agitation nach Kräften zu unterstützen und den Vorstand besonders über die Art der am Ort befindlichen Ziegeleien, über bekannte Arbeitsverhältnisse, Lohnsätze, Arbeitsordnungen, Haus- und Kantinenordnungen, Kantinenpreisverzeichnisse sowie über bestehende Mißstände in Wohn- und Unterkunftsräumen, Schlafstellen, Kantinen, bei der Lohnzahlung usw. in Kenntnis zu setzen.

Der Vorstand des Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter gibt als Beilage des „Courier“ ein Organ für die Straßenbahnangestellten und Arbeiter, betitelt „Der Straßenbahner“, heraus, das die zielbewusste Organisation der deutschen Straßenbahner fördern soll. Das neue Blatt enthält recht viel belehrendes und aufklärendes Material aus den Straßenbahnbetrieben der verschiedenen Städte und wird den für die Verbesserung ihrer Lage kämpfenden Straßenbahnern ein willkommener Mitstreiter sein.

Eine statistische Erhebung über die Lohnverhältnisse veröffentlicht der „Handschuhmacher“, die sich neben der Zahl der Betriebs- und Hausarbeiter vor allem mit den gezahlten Schnittpreisen beschäftigt. Danach schwankt die Höhe der Löhne zwischen 18 und 40 Mk. Die Schnittpreistabellen weisen zum Teil günstige Verschiebungen gegen früher auf, indes soll auch das Maß der Anforderungen an die Arbeitskraft gestiegen sein. Tarifverträge bestehen mit 67 Firmen. Die Arbeitszeit währt an den Orten, wo die Heimarbeit abgeschafft ist, 9 bis 10 Stunden. Die Zahl der Hausarbeiter wird auf 573 angegeben, davon 564 in der Glacebranche.

Der Vorstand des Lagerhalterverbandes hatte mit dem Vorstand des Centralverbandes deutscher Konsumvereine einen Anstellungsvertrag vereinbart, der nur noch hinsichtlich der Mantovergütung eine Uebereinstimmung beider Parteien vermissen ließ. Jetzt ist auch darüber eine Verständigung erzielt worden. Der Abschluß eines Lohn- und Arbeitstarifes mußte wegen schwerwiegender Meinungsverschiedenheiten, die in der kurzen, bis zum diesjährigen Genossenschaftstag in Düsseldorf zur Verfügung stehenden Zeit nicht mehr zu begleichen waren, bis nach dem Genossenschaftstag hinausgeschoben werden. Der Vorstand des Lagerhalterverbandes empfiehlt seinen Mitgliedern, nunmehr selbständige Vereinbarungen mit ihren Betriebsverwaltungen zu treffen.

Die Generalversammlung des Deutschen Genefelderbundes zu Hannover beschloß eine Trennung der Gewerkschaftskasse vom Genefelderbund und die Neugründung einer Gewerkschaft sowie den Abschluß eines Gegenseitigkeitsvertrages mit der letzteren. Die Organisation wurde auf einem zu diesem Zwecke einberufenen Kongreß der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe unter dem Namen „Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufsgenossen (Deutscher Genefelderbund)“ gegründet. Näheres wird der Bericht in nächster Nummer bringen.

Der „Schiffszimerer“ veröffentlicht anlässlich des Verbandstages ein graphisches Tableau

hatten. Der Verband zählt 8 Sektionen mit rund 500 Mitgliedern. Ein Antrag auf Anschluß an den Lebens- und Genüßmittelarbeiterverband stieß auf Opposition und wurde von der betreffenden Sektion (Bern) wieder zurückgezogen. Dafür reduzierte man auf Antrag der Sektion Basel den Sektionsbeitrag an die Verbandskasse von 20 auf 10 Rappen pro Mitglied und Monat. Opferwillig sind demnach diese Arbeiter und Angestellten der Konsumgenossenschaften, deren Mitglieder in ihrer Mehrheit Arbeiter sind, gerade nicht, trotzdem sie zum größten Teil erheblich bessere Arbeits- und Lohnverhältnisse haben als die Arbeiter in den privaten Betrieben. Einmütig beschlossen wurde dagegen, vom Verband schweizerischer Konsumvereine die Schaffung einer Invalidenkasse zu verlangen, eventuell sollte diese in Verbindung mit einer Witwen- und Waisenkasse für das Personal des Verbandes und seiner Sektionen errichtet werden. Bezüglich der Maiseier wurde beschlossen, daß überall, wo es angängig ist, den ganzen Tag gefeiert werden soll, daß aber unter allen Umständen darauf gehalten werden muß, daß am Nachmittage gefeiert und die Schließung der Verkaufslotale von 1 bis 6 Uhr verlangt werde. Die Verwaltungen sollen von diesem Beschlusse in Kenntnis gesetzt werden. Ueber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den schweizerischen Genossenschaften und Konsumvereinen soll eine umfassende Statistik veranstaltet werden; der Centralvorstand wurde mit dieser Aufgabe betraut und hat das Resultat seiner Arbeit der nächsten Delegiertenversammlung vorzulegen. Mit der Wahl des Vorstandes, die wiederum auf Basel fiel, wären die Geschäfte der Delegiertenversammlung erschöpft.

In einem besonderen Verband wollen sich die Verwalter der Konsumgenossenschaften organisieren, dessen Schaffung sie auf einer kürzlich stattgefundenen Delegiertenversammlung bereits grundsätzlich beschlossen haben.

Der Zimmererverband hat seine Mitgliederzahl im Jahre 1906 auf 1500 erhöht, die sich auf 40 Sektionen verteilen. Vor drei Jahren zählte er erst 8 Sektionen und 500 Mitglieder.

Es geht vorwärts!

D. 3.

Kongresse.

Achte Generalversammlung des Centralverbandes der Glasarbeiter usw. Deutschlands.

P e n z i g, 31. März bis 6. April.

Anwesend sind 108 Delegierte mit 111 Mandaten sowie 6 Vertreter des Vorstandes, 1 Vertreter des Ausschusses, 2 Gauleiter, je 1 Vertreter der Redaktion und der Preßkommission. Der Verband hat seit der vorigen Generalversammlung 1905 in Jena einen ganz bedeutenden Aufschwung zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl ist von 7819 am Ende 1904 auf 14 252 Ende 1906 in 170 Zahlstellen gestiegen, hat sich also nahezu verdoppelt. Zur Ausbreitung der Organisation hat die Anstellung von 2 Gauleitern wesentlich beigetragen; indes reichen die beiden Kräfte, die in Schlesien und Bayern tätig sind, nicht aus, um das große Agitationsgebiet zu bewältigen. Nach diesem Erfolg dürfte indes die Mißstimmung, die sich noch nach dem Jenerser Verbandstag gegen das Gauleitersystem geltend machte, verschwunden sein.

Leider machten sich nach dem Verbandstage am Sitze des Hauptvorstandes Zwistigkeiten bemerkbar; die Filiale Stralau hatte seither 4, die Filiale Berlin 3 Vertreter zum Vorstand gewählt, die letz-

tere hatte aber unterdes die Filiale Stralau an Mitgliedern überflügelt und beanspruchte ihrerseits 4 Vorstandsvertreter. Infolge dieses Konflikts kamen ordnungsgemäße Wahlen nicht zustande. Der Vorstand trat dem Begehren der Filiale Berlin, der Ausschuß dem Protest Stralaus bei. Eine Einigung kam nicht zustande und die Filiale Stralau machte den Vorstand durch Zurückziehung ihrer Vertreter beschlußunfähig. Die als Schiedsrichter angerufene Generalkommission entschied, daß es mangels anderweitiger Verbandstagsbeschlüsse bei dem seitherigen Vertretungsmodus verbleiben müsse, bis ein neuer Verbandstag ein anderes festgesetzt habe. Da die Filiale Stralau es abgelehnt hatte, sich dem Schiedspruch zu unterwerfen, so besetzte die Filiale Berlin allein den Vorstand mit 3 Mitgliedern. Damit war endlich die Möglichkeit eines gedeihlichen Arbeitens gegeben. Von beiden Seiten aber, von Stralau wie von Berlin war verkannt worden, daß die Vorstandsmitglieder nicht Filialvertreter, sondern Vertreter der Gesamtmitgliedschaft des Verbandes sein sollten.

Trotz der günstigen Mitgliederentwicklung ist die Fluktuation noch sehr groß. In beiden Berichtsjahren sind 12 905 Mitglieder ein- und 6215 Mitglieder ausgetreten.

Die Bewegung im Beruf für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse war außerordentlich lebhaft. Die Zahl der friedlichen Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung betrug in beiden Jahren 89 mit 12 987 Beteiligten. Davon dienten 80 Bewegungen der Verbesserung und 9 der Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse. Diese Bewegungen waren sämtlich erfolgreich; sie hatten für 12 610 Beteiligte eine Verkürzung der Arbeitszeit und für 10 951 Beteiligte eine Lohnhöhung zur Folge. Daneben kam es zu Streiks in 25 Fällen mit 4536 Beteiligten, sowie 1 Aussperrung mit 280 Beteiligten. Von diesen Kämpfen waren 15 erfolgreich und 3 hatten teilweisen Erfolg, während 7 erfolglos endeten. Diese Kämpfe kosteten der Verbandskasse 217 403,57 Mk., von denen allein 103 012 Mk. auf einen Kampf in Fürth und 52 581 Mk. in Grünenplan entfielen.

Die Jenerser Generalversammlung hatte den Vorstand beauftragt, die Einführung einer Kranken- bzw. Sterbeunterstützung zur Arabstimmung vorzubereiten, soweit dies ohne Beitragserhöhung durchführbar sei, sowie die Uebernahme des „Fachgenossen“ durch Verhandlungen mit dem derzeitigen Herausgeber endgültig zu regeln. Den ersten Auftrag konnte der Vorstand nicht erledigen, da er die Ueberzeugung gewann, daß eine Krankenunterstützung ohne Beitragserhöhung nicht durchführbar sei. Eine Sterbeunterstützungsvorlage verschob der Vorstand für den diesjährigen Verbandstag. In der Fachblattangelegenheit konnte eine Einigung mit dem Genossen Horn nicht erzielt werden. Es liegen demzufolge zwei Kaufvertragsentwürfe der Entscheidung des Verbandstages vor.

Die Einnahmen der Hauptkasse des Verbandes in der Berichtsperiode betragen 357 707,31 Mk., die Ausgabe 290 578,32 Mk. Unter den Ausgaben sind erwähnenswert die für Arbeitslosenunterstützung 28 903,79 Mk., für Streiks und Lohnbewegungen 217 403,57 Mk., für Umzugskosten 5498,10 Mk. für das Fachorgan 32 627 Mk., für Agitation 20 392,31 Mk., für Bibliotheken 3579,72 Mk., Verwaltungskosten, persönliche 14 000,40 Mk., sachliche 9511,23 Mk. Das Verbandsvermögen betrug Ende 1906 35 756,04 Mk.

Der Bericht des Ausschusses erörtert die Differenzen Stralau-Berlin anlässlich der Vorstandswahl.

über die Mitgliederbewegung, Arbeitslosigkeit und Krankheitsdauer im Verufe sowie über die Beteiligung der Mitglieder an statistischen Erhebungen. Daraus ergibt sich, daß die Mitgliederzahl sich trotz Erhöhung des Beitrages von 15 auf 40 Pf. pro Woche seit 1899—1906 von 1463 auf 3502 erhöht hat.

Der Steinarbeiterverband zählte am Ende des 4. Quartals 1906 17 787 Mitglieder; dabei fehlen die Angaben von 30 Filialen. Die Zahl der Filialen betrug Ende 1906 310 und ist mittlerweile auf 321 gestiegen. Ende 1905 betrug die Mitgliederzahl 14 886, die Zunahme war also 2901 Mitglieder.

Der Centralverband der Zimmerer umfaßt nach seiner Jahresabrechnung für 1906 52 006 Mitglieder; die Zahl ist seit Ende 1905 um 7373 gestiegen, während die Zahlstellen sich von 662 auf 698 vermehrten. Die Gesamteinnahme betrug 1 577 885,32 Mk., die Ausgaben 737 003 Mk., das Gesamtvermögen 1 322 303,71 Mk. Das letztere ist im Berichtsjahre um nicht weniger als 403 234,10 Mark gewachsen.

Aus der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung.

In diesem Jahre haben bereits mehrere Verbände Delegiertenversammlungen abgehalten, zuerst der der Uhrenarbeiter einen Kongreß, der Ende Januar in Biel stattfand und von 70 Delegierten besucht war, die 6300 Mitglieder vertraten. Von allen Seiten wurde konstatiert, daß für den Verband das verfloßene Jahr ein Jahr schwerer Kämpfe war, die jedoch schöne Erfolge zeitigten. Beschlossen wurde die Verschmelzung des Verbandes der Federmacher mit dem allgemeinen Verband, ferner auf Antrag der Emailleure die Einführung des sogenannten Labels (Kontrollmarke). Der Centralvorstand erhielt den Auftrag, für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Vertreter von Grenchen und Langendorf, wo seit Jahren infolge eines verlorenen Kampfes die Organisation unter den Uhrenarbeitern nicht wieder Fuß fassen konnte, weil die Unternehmer sie einfach nicht duldeten, also den Arbeitern das Koalitionsrecht raubten, berichteten, daß diese sich jetzt wieder rühren, worauf die Unternehmer in den Fabriken „Warnungen“ vor den „falschen Propheten“ anbrachten, um die Entstehung neuer Organisationen zu hintertreiben. Der Kongreß erteilte dem Centralvorstand unbeschränkte Vollmacht, um hier bessere Zustände zu schaffen und den Arbeitern das Koalitionsrecht zu sichern. Seither haben an den genannten Orten sowie in Chaux de Fonds Streiks stattgefunden, an letzterem Orte ein Solidaritätsstreik, um die unbehinderte Ausübung des Koalitionsrechts zu erringen, aber über den Ausgang dieser Kämpfe ist von der Arbeiterpresse nicht berichtet worden.

Ende Februar fand in St. Gallen die Delegiertenversammlung des Allg. schweizerischen Textilarbeitervereins statt die von 85 Delegierten besucht war. Der Verband hat im Jahre 1906 seine Mitgliederzahl auf 8286 erhöht, wovon 5650 männliche und 2636 weibliche Mitglieder sind. Lohnbewegungen sind in 114 Betrieben mit 8318 Arbeitern durchgeführt worden. Es sind 8 Streiks, die 3023 Arbeiter umfaßten, geführt worden. Das Verbandsorgan „Der Textilarbeiter“ erscheint in einer Auflage von 10 000 Exemplaren. Die Jahresrechnung weist bei 15 127 Frank Einnahmen und 14 904 Fr. Ausgaben ein Saldo von 223 Fr. auf. Der Verband besteht aus

7 Unterverbänden, ist also nur ein Föderativverband, der einen Zustand darstellt, welcher nach der Ueberzeugung der führenden Genossen durchaus unbefriedigend ist und auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann. Die als notwendig erkannte Verschmelzung und Centralisation dürfte gefördert werden durch die beschlossene Anstellung eines ständigen vollbefoldeten Sekretärs.

Die Gärtner hielten ebenfalls Ende Februar eine außerordentliche Delegiertenversammlung ab, deren Verhandlungen zwar sehr umfangreich und lebhaft waren, die jedoch ausschließlich interne Angelegenheiten betrafen und daher eigentlich keine positiven Resultate zeitigten. Die Versammlung hatte die Sektion Basel aus Unzufriedenheit mit dem Verbandsvorstand in Zürich einberufen. Vertreten waren 7 Sektionen durch 11 Delegierte, außerdem der Verbandsvorstand sowie der Centralvorstand des Lebens- und Genußmittelarbeiterverbandes. Die Diskussion drehte sich zunächst um einen Antrag der Sektion Bern, die „Allgem. deutsche Gärtnerzeitung“ abzuschaffen, da sie nur wenig oder gar nichts aus der Schweiz bringe und man dann die Beiträge reduzieren könne. Schuld daran tragen natürlich die Gärtner selbst, da sie dem Blatte keine Berichte zur Veröffentlichung einsenden. Es wurde dann auch einstimmig die Beibehaltung des Blattes beschlossen. Weiter wurde beschlossen, jede Sektion soll allmonatlich einen Bericht für die „Allgem. deutsche Gärtnerzeitung“ an die Geschäftsstelle des Verbandes in Zürich sowie auch an das „Korrespondenzblatt“ in Bern, Organ des Lebens- und Genußmittelarbeiterverbandes, einsenden. Schließlich wurde Zürich mit 6 gegen 3 Stimmen, die auf Basel fielen, wiederum als Vorort bestätigt und dem Centralvorstand eine Gratifikation von 50 Fr. bewilligt.

Am Ostersonntag hielt der Verband der graphischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen seine Delegiertenversammlung in Winterthur ab, die von 23 Delegierten besucht war. Aus dem äußerst dürftigen Bericht, den über die Verhandlungen die Arbeiterpresse veröffentlichte, ist zu entnehmen, daß beschlossen wurde, den „Graphischen Hilfsarbeiter“ in Zukunft alle 14 Tage herauszugeben und dafür ein Jahresgehalt von 120 Frank an den Redakteur zu bezahlen, das freilich mehr Trinkgeld als Bezahlung ist. Von den weiteren wichtigeren Beschlüssen sei folgender erwähnt: Der Centralvorstand erhält ab 1. Juli 1907 die Ermächtigung, Mitgliedern mit Familie, welche unversichert arbeitslos geworden sind und einen anderen Wohnort annehmen, Umzugskosten im Betrage von 40 Fr. zu bewilligen. Er erhält ferner den Auftrag, mit den Hilfsarbeiterverbänden anderer Länder Gegenseitigkeitsverträge abzuschließen. Bei Neudruck der Statuten wird unter den Verbandszwecken angeführt werden: Einführung, Aufrechterhaltung und Verbesserung von Lohnтарifen und Unterstützung von Mitgliedern bei Lohnbewegungen. Der bemerkenswerteste Beschluß ist wohl der Beitritt des Verbandes zum schweizerischen Gewerkschaftsbund (ab 1. Juli 1907), ein Beschluß, der mit 18 gegen 5 Stimmen gefaßt wurde. Der Sitz des Centralvorstandes bleibt Bern, und als Ort der nächsten Delegiertenversammlung wurde Bern bezeichnet.

In Olten tagte am Ostersonntag die Delegiertenversammlung des Verbandes schweizerischer (Konsum-) Genossenschaftsan-gestellter, zu der sich 18 Delegierte eingefunden

ist, als derselbe unter der vorhergehenden Krisis außerordentlich schwer gelitten hatte. Der Mitgliederbestand stieg von 3275 auf 4061, der Kassenbestand von 16 745 Mk. auf 91 539 Mk., die Zahl der Filialen von 76 auf 88.

Der Verband hat in der verfloffenen Geschäftsperiode zahlreiche Lohnkämpfe führen müssen, die, soweit sie der eigenen Initiative entsprangen, im allgemeinen günstig verliefen, dagegen dort, wo die Kupferschmiede bei den großen Machtkämpfen in der Metallindustrie in Mitleidenschaft gezogen wurden, weniger erfolgreich waren. Nähere Angaben über die Zahl der Lohnbewegungen und deren Ausgang, sowie die Zahl der Beteiligten enthält der gedruckte Geschäftsbericht nicht.

Das mündliche Referat des Vorsitzenden ergänzt den Bericht. Danach ist der Verband, allerdings nicht erheblich, durch die großen Kämpfe an der Unterweser, in Süddeutschland, Schleswig-Holstein, sowie Berlin und durch die Gießereiarbeiterdifferenzen im Vorjahre in Mitleidenschaft gezogen. Infolge der Erkrankung des Kassierers machte sich die Einstellung einer Hilfskraft notwendig und ist nunmehr die Anstellung eines dritten Beamten nicht mehr zu umgehen. Von den ausländischen Bruderorganisationen hat sich nur der dänische Kupferschmiedeverband seine Selbständigkeit zu erhalten gewußt; mit ihm besteht ein Kartellverhältnis. Der Vorstand äußert den lebhaften Wunsch, das bisher vierzehntägige Sachorgan achttägig erscheinen zu lassen.

Der Massenbericht verzeichnet für die Geschäftsperiode vom 1. Oktober 1903 bis 31. Dezember 1906 eine Gesamteinnahme von 298 759,73 Mk. und eine Ausgabe von 234 082,31 Mk. An Beiträgen wurden 281 947,40 Mk. vereinnahmt. Unter den Ausgaben sind verzeichnet Reiseunterstützung mit 37 125,22 Mk., Ortsunterstützung mit 49 328 Mk., Streif- und Gemäßregelten-Unterstützung mit 36 018,93 Mk., Invalidenunterstützung mit 6007,68 Mk., Sterbeunterstützung mit 16 925 Mk., Umzugsunterstützung mit 2577,50 Mk., Rechtsschutz mit 178,04 Mk., Agitation mit 1999,25 Mk., Generalversammlung mit 4183,35 Mk., Kongresse und Vertretungen mit 1965,40 Mk., Generalkommission mit 149 Mk., Verwaltungskosten der Filialen mit 25 094,25 Mk., der Hauptverwaltung mit 9631,89 Mk., Gehälter und Entschädigungen mit 10 952,43 Mk., Verbandsorgan mit 17 284,56 Mk.

Die gedruckt vorliegenden Berichte der Bezirksleiter geben zu Erörterungen keinen Anlaß; nur der Kieler Bericht hebt den günstigen Organisationsstand auf der Kaiserlichen Werft hervor und verbreitet sich über die dortigen Wohlfahrtseinrichtungen. Der Bericht des Ausschusses ergab nur unwesentliche Beschwerden.

Die Debatte über diese Geschäftsberichte fördert eine Reihe von Wünschen über die Verbesserung der Geschäftsführung zutage. Besonders wird die Notwendigkeit der Anstellung eines dritten Beamten und einer Verjüngung der Verwaltungskräfte anerkannt. Ueber eine Reihe von Beschwerden gegen den Vorstand gibt letzterer Aufklärung, worauf ihm einstimmig Decharge erteilt wird.

Ueber den Punkt „Uebertritt zum Metallarbeiterverband“ referiert Scholz-Hamburg, der alle Vorzüge zusammenfaßt, die für einen Zusammenschluß mit dem Metallarbeiterverband sprechen. Seine Resolution wünscht, daß der Vorstand beauftragt werde, mit dem Metall-

arbeiterverband in Verhandlung zu treten über die Uebertrittsbedingungen und die letzteren einer Urabstimmung zu unterbreiten. Er ändert dieselbe dahingehend, daß der Vorstand das Resultat der Verhandlungen bezw. Vereinbarungen dem nächsten Verbandstage unterbreiten möge. Der Korreferent Hecht-Berlin verspricht sich mehr von der Erhaltung der Branchenorganisation und glaubt, daß es füglich noch besser sei, wenn alle Gewerkschaften sich zu einer Organisation vereinigten. Schließlich hat er aber nichts gegen Uebertrittsverhandlungen einzuwenden, wenn dabei genügend Konzessionen herauskämen, die den Kupferschmieden ein möglichst großes Maß von Selbständigkeit garantierten. In der Debatte sprechen sich aber fast alle Redner gegen einen Uebertritt aus, und mit 35 gegen 4 Stimmen wird die Resolution des Referenten abgelehnt.

Der Erörterung des Punktes „Einführung einer Erwerbslosenunterstützung“ geht ein Referat und Korreferat voraus. Der Verband hat neben der Streif- und Maßregelungsunterstützung eine Arbeitslosen-, Reise-, Umzugs-, Invaliditäts- und Sterbeunterstützung. Die Invalidenunterstützung wird auch bei andauernder Krankheit gezahlt, sobald ein solches Mitglied aus allen Krankenkassen ausgesteuert und in Bedürftigkeit ist. Es soll nun auch Krankenunterstützung gezahlt werden, aber unter Aufrechnung anderer Unterstützungen, also eine Erwerbslosenunterstützung eingeführt werden. Dieselbe soll nach Maßgabe der bisherigen Ortsunterstützung gezahlt werden, also in Höhe von 6—9 Mk. pro Woche, je nach ein- bis fünfjähriger Mitgliedschaft, und in Gesamthöhe von 60 bis 120 Mk. im Jahre. Mitgliedern, die mindestens 10 Jahre dem Verbandsangehören, kann eine erhöhte Unterstützung bis zu 12 Mk. pro Woche bis 150 Mk. Höchstbetrag gezahlt werden. Für Erwerbslosigkeit unter 7 Tagen wird keine Unterstützung gezahlt.

Sodann wird die Anstellung eines dritten Beamten und die Regelung der Gehälter der Angestellten nach den Vorschlägen des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses, jedoch ohne Festimmung des Höchstgehaltes, beschlossen.

Bei der Statutenberatung wird beschlossen, in Zukunft jede im Kupferschmiedegewerbe oder in sonstigen Betrieben des Berufs mit Kupferschmiede- und Rohrlege-Arbeiten beschäftigte Person aufzunehmen. Das Eintrittsgeld bleibt wie bisher auf 2 Mk. bestehen. Die Streifunterstützung wird künftig vom ersten Tage ab gezahlt und von 12 auf 14 Mk. pro Woche für vollberechtigte Mitglieder erhöht. Mitglieder bei 8—52wöchentlicher Beitragszahlung erhalten 10,50 Mk., solche bei 1—5wöchentlicher Beitragszahlung 7 Mk. pro Woche. Die Unterstützung der Kinder wird ohne Altersunterschied für jedes Kind bis zur Schulentlassung gezahlt. Ein Abreisezwang auf solche Mitglieder, die ihre Wartezeit noch nicht erfüllt haben, soll nicht bestehen. Die Gesamtunterstützung darf einschließlich der örtlichen Zuschläge zwei Drittel des ortsüblichen Berufslohnes nicht übersteigen. Alle durch Sammlungen eingehenden Gelder sind an den Centralvorstand abzuführen. Bei der Sterbeunterstützung werden die Staffelszuschläge, bisher 10 Mk., auf 15 Mk. erhöht.

Eine lange Debatte entsteht über die Frage der Sitzverlegung. Gegen Hamburg erheben fast sämtliche Redner den Einwand, daß es dort an den geeigneten Kräften für die Hauptverwaltung fehle. Die mangelhafte Geschäftsführung während der letzten Periode sei im wesentlichen auf diesen Um-

Die Debatte über die Geschäftsberichte beschäftigte sich vor allem mit den vorerwähnten Differenzen, wobei den beiden beteiligten Filialen scharfe Vorwürfe nicht erspart blieben, sowie mit dem Verhalten des Vorstandes bei den Streiks in Fürth und Gröningenplan.

Der Bericht der Preßkommission bekundet, daß diese Körperschaft außer einer Entscheidung in den Differenzen Berlin-Stralau keinerlei Tätigkeit ausüben konnte. Eine bemerkenswerte Diskussion knüpft sich daran nicht, da sich das Hauptinteresse auf den nächsten Tagesordnungspunkt konzentrierte: Uebernahme des „Fachgenossen“ in eigene Regie. Eine Vorberatung hatte bereits die schwierigsten Hindernisse aus dem Wege geräumt, so daß dem Verbandstage als Ergebnis der Antrag vorgelegt werden konnte, den „Fachgenossen“ gegen einen Kaufpreis von 7000 Mk. und gegen ein ständiges Mitarbeiterhonorar von 1200 Mk. pro Jahr vom Genossen Horn zu übernehmen. Von Stralau wird beantragt, die Kaufsumme auf 5000 Mk. herabzusetzen. In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Stralau gegen 18 Stimmen abgelehnt und der Antrag der Kommission gegen 13 Stimmen in folgender Fassung angenommen:

„Der Verbandstag beschließt, dem Genossen Horn für das Organ „Der Fachgenosse“ den Preis von 7000 Mk. zu zahlen. Für die Mitarbeit erhält Genosse Horn jährlich 1200 Mk. Die Uebernahme erfolgt am 1. Juli 1907. Die Redaktion befindet sich am Sitz des Verbandes. Dem Genossen Horn bleibt sein Wohnsitz unbenommen.“ Die Wahl des Redakteurs des „Fachgenossen“ wird ausgeschrieben und vom Vorstand in Gemeinschaft mit der neuen Preßkommission und dem Genossen Horn vollzogen.

Der Punkt „Agitation“ führte zu einer lebhaften Aussprache über die Bewährung des vor zwei Jahren eingeführten Gauleitersystems, dessen Erweiterung gefordert wurde, sowie über die Erfahrungen mit christlichen und katholischen Sonderorganisationen und über die Notwendigkeit der Förderung der einzelnen Branchenagitation durch Veranstaltung von Branchenkongressen. Speziell für die Flaschenmacher wird die Dringlichkeit einer Konferenz betont, dabei indes der Beschluß gefaßt, daß die Delegation zu solchen Konferenzen auf lokale Kosten erfolgt. Außerdem wird der Vorstand beauftragt, jährlich 3 Mitglieder an den gewerkschaftlichen Unterrichtskursen teilnehmen zu lassen.

Zum Punkt „Unterstützungsweise“ hat der Vertreter der Generalkommission Umbreit das Referat übernommen, der die Möglichkeit der Einführung einer Krankenunterstützung in eingehenden statistischen Darlegungen nachweist. In der Debatte wird der Wunsch allgemein vertreten, über die Krankenunterstützung in Mitgliederkreisen erst weitere Aufklärung zu schaffen und sich zunächst mit der Einführung der Sterbeunterstützung zu begnügen. Die Ausführungen des Referenten sollen durch ein Gutachten im „Fachgenossen“ eingehend wiedergegeben und der Diskussion als Grundlage unterbreitet werden.

Ueber die Taktik bei Lohnbewegungen wurde besonders verhandelt, um aus den Kämpfen zu Fürth und Gröningenplan die notwendigen Nutzenanwendungen zu ziehen. Dabei werden auch einige Anträge erörtert betreffend die Uebernahme lokaler Darlehen auf die Verbandskasse und die Rückzahlung der seitens des englischen Bruderverbandes dem Generalstreik der Flaschenmacher gewährten Unterstützung. Eine angenommene Resolution ver-

pflichtet die Mitglieder zu strengster Innehaltung der Bestimmungen des Streikreglements und berechtigt den Vorstand, widrigenfalls die Unterstützung zu verweigern. Ferner wird beschlossen, den englischen Kollegen erkennen zu lassen, daß eine Rückzahlung des Darlehens erfolgt. Die Rückzahlung lokaler Darlehen aus der Verbandskasse wird abgelehnt.

Die Debatte über die Weiteranstellung von Gauleitern ergab ziemlich einstimmige Anerkennung der Vorzüge dieser Einrichtung und wurde die Neuankündigung von Kräften, sowie die dazu vorliegenden Anträge dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Streitigkeiten zwischen Berlin und Stralau hatten eine Anzahl von Anträgen gezeitigt, den Sitz des Verbandes nach Dresden zu verlegen. Nach eingehender Erörterung der Nachteile, welche einem in Sachsen domizilierenden Verband aus dem sächsischen Vereinsgesetz erwachsen würden, besonders hinsichtlich der Erschwerung der Mitgliedschaft Minderjähriger, führten zur Ablehnung dieser Anträge und zur Belassung des Sitzes in Berlin.

Bei der Statutenberatung wird die Aufhebung der niedrigsten Beitragsklasse (20 Pf. pro Woche) beschlossen; die übrigen Beitragsklassen bleiben unverändert; jedoch werden die Ortsverwaltungen ermächtigt, in Bedarfsfällen Extrabeiträge zu erheben. Ein Ruhen des Beitrags tritt ein während der Dauer von Krankheiten, militärischen Uebungen und der Verbüßung von Freiheitsstrafen. Bei Abwehrstreiks und Aussperrungen wird vom ersten Tage ab Unterstützung gezahlt, bei Angriffstreiks und Arbeitslosigkeit vom Beginn der zweiten Woche ab.

Zum Verbandstag wählen künftig Filialen mit 75—200 Mitgliedern einen Delegierten und größere Filialen einen zweiten, — mehr nicht.

Dem nächsten Verbandstag soll der Vorstand einen Entwurf betr. Einführung von Invalidentunterstützung unterbreiten.

Für weibliche Mitglieder wird eine Unterstützung bei Entbindungsfällen in einmaligem Betrage von 8 Mk. eingeführt.

Die Uebernahme der Kosten für die Herausgabe der Denkschrift Stralau auf den Verband wird abgelehnt und eine Einschränkung der kostspieligen Rechenschaftsberichte beschlossen.

Bei der Gehälterregelung wird das Gehalt der Gauleiter von 1800 auf 2000 Mk. erhöht, das der Vorstandsbeamten auf bisheriger Höhe belassen; nur der Kassierer erhält 200 Mk. Gehaltszulage.

Als Vorsitzender wird Girbig, als Kassierer Hamann wiedergewählt. Die Anstellung weiterer Beamten ist dem Vorstand anheimgegeben.

Zum internationalen Glasarbeiter-Kongress werden Horn, Girbig, Sebel und Wußmann delegiert.

Der nächste Verbandstag findet in Hannover statt.

Sechste Generalversammlung des Verbandes der Kupferschmiede Deutschlands.

Breslau, 2. bis 6. April.

Der Verbandstag ist von 41 Delegierten besucht. Der Hauptvorstand ist durch 2, der Ausschuß durch 1 Mitglied vertreten. Die dänische Bruderorganisation hat 1 Vertreter entsandt.

Der Geschäftsbericht des Vorstandes umfaßt die Jahre vom 1. Oktober 1903 bis 31. Dezember 1906. In dieser Zeit hat sich der Verband recht erfreulich entwickelt, was um so befriedigender

die Forderungen könne die Industrie nicht bewilligen, sie müsse dabei zu Grunde gehen. Der Zusammenhalt hat die Befürchtungen nicht bestätigt. Durch den Tarif ist eine feste Grundlage für die Kalkulation geschaffen. Schwierig werde die Position der Zwischenmeister dadurch, daß viele den Tarif nicht innehalten und damit der Meister, der den Tarif beachtet, ungünstiger gegen den Fabrikanten gestellt ist. Sodann sei die Fabrikation billiger Fabrikate weiter hinausgedrängt und hat sich nach dem Taunus, Westerwald und anderen Orten geflüchtet.

Von den übrigen Rednern wurden prinzipiell Einwände gegen den Tarifabschluß nicht erhoben, sondern allgemein anerkannt, daß der Tarifabschluß ein großer Fortschritt für das Gewerbe war. Ein erheblicher Mangel sei allerdings der, daß die Heimarbeiter weniger zu kontrollieren sind und die Arbeitszeit hier unbeschränkt ist, während den Zwischenmeistern eine bestimmte Arbeitszeit vorgeschrieben wird. Daß eine große Zahl von Zwischenmeister den Tarif nicht innegehalten haben ist der Organisation nicht bekannt, denn es haben weder Zwischenmeister noch die Arbeiter sich mit Beschwerden über die Nichtinnehaltung des Tarifes an die Organisation gewendet.

Auf der Tagesordnung stand die Stellungnahme zum Industrieverband. Der Referent Weinschild hielt für die Portefeuller die Gründung eines Industrieverbandes nicht für zweckmäßig. Dagegen ergebe sich, daß in einigen Branchen, so im Tischnergewerbe und in der Gürtelbranche mehr und mehr eine Vermischung der Grenzen der Berufe der Sattler und Portefeuller eintrete. Es wurde als ein Mangel empfunden, daß für beide Berufe, trotzdem Sattler und Portefeuller in einer Werkstatt zusammenarbeiten und denselben Artikel herstellen, zwei verschiedene Tarife der Verbände abgeschlossen wurden. Redner empfahl deshalb einen Zusammenschluß der beiden Verbände. Der Vertreter des Sattlerverbandes, Padelbusch, erklärte, daß der Vorstand und Ausschuß dem Zusammenschluß sympathisch gegenübersteht. Es wäre zu empfehlen, daß beide Verbände in zwei Jahren ihre Generalversammlungen an einem Ort abhalten, um dann den Abschluß der Vereinigung herbeizuführen. Von einigen Rednern wurde das schnelle Tempo der Vereinigung abgelehnt. Es bestehen Schwierigkeiten auch insofern, als die Sattler die Heimarbeit beseitigt haben, während die Portefeuller mit einer alt eingefessenen Heimarbeit zu rechnen haben, die nicht so bald beseitigt werden kann. Schließlich wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Der zweite Verbandstag ist im Prinzip mit der Verschmelzung des Sattler- und Portefeuller-Verbandes einverstanden und beauftragt den Verbandsvorstand und Ausschuß, vor Ablauf der jetzt gültigen Tarifverträge sich mit der Leitung des Sattler-Verbandes in Verbindung zu setzen und Beratungen darüber zu pflegen, wie die Verschmelzung beider Organisationen vor sich gehen soll. Sind die Vorarbeiten so weit gediehen, so hat der Vorstand das Recht, mit der Leitung des Sattler-Verbandes einen gemeinsamen Verbandstag einzuberufen.“

Die Vertretung auf dem internationalen Kongress wurde dem Vorsitzenden des Verbandes übertragen. Im Anschluß daran fand eine Aussprache über die Waiseier statt; von mehreren Delegierten wurde der Wunsch ausgesprochen, der internationale

Kongress möge in der Waiseier eine andere Regelung herbeiführen. Gegenwärtig führe die Arbeitsruhe zu fortgesetzten Konflikten mit den Kollegen in der Werkstatt; ein Teil feiere, der andere nicht, an den Umzügen beteiligen sich die Kollegen auch nicht allgemein, so daß die Waiseier sehr unter diesen Mißbilligkeiten leide. Von anderer Seite wurde die strikte Arbeitsruhe für notwendig erachtet.

Der Verbandstag entschied mit großer Majorität dahin, daß dem Delegierten zum internationalen Kongress kein gebundenes Mandat übergeben werde.

Zum Gewerkschaftskongress bestimmte der Verbandstag Weinschild-Offenbach und Hauptmann-Berlin als Delegierte, Heller-Offenbach und Schulz-Engheim als Ersatzmänner.

Für die Neuregelung der Unterstützung wurden folgende Vorschläge angenommen:

Im Falle der Arbeitslosigkeit:

Männliche Mitglieder:		Eingezahlte Beiträge
Mitgliedschaft und Beitragsleistung bei		
52 Wochen pro Tag	1.- M. bis 18.- M. = 18 Tg.	23,40 M.
104 " " "	1.- " " 36.- " = 36 "	46,80 "
208 " " "	1,50 " " 63.- " = 42 "	83,60 "
364 " " "	1,75 " " 94,50 " = 54 "	163,80 "
Weibliche Mitglieder:		Eingezahlte Beiträge
Mitgliedschaft und Beitragsleistung bei		
52 Wochen pro Tag	0,75 M. bis 15.- M. = 20 Tg.	10,40 M.
104 " " "	0,75 " " 21.- " = 28 "	20,80 "
156 " " "	1.- " " 28.- " = 28 "	31,20 "
208 " " "	1.- " " 35.- " = 35 "	41,60 "

Im Falle der Krankheit:

Männliche Mitglieder:		Eingezahlte Beiträge
Mitgliedschaft und Beitragsleistung bei		
52 Wochen pro Tag	0,75 M. bis 18.- M. = 24 Tg.	23,40 M.
104 " " "	0,75 " " 36.- " = 48 "	46,80 "
208 " " "	1.- " " 63.- " = 63 "	93,60 "
364 " " "	1,26 " " 94,50 " = 75 "	163,80 "
Weibliche Mitglieder:		Eingezahlte Beiträge
Mitgliedschaft und Beitragsleistung bei		
52 Wochen pro Tag	0,50 M. bis 15.- M. = 30 Tg.	10,40 M.
104 " " "	0,50 " " 21.- " = 42 "	20,80 "
156 " " "	0,70 " " 28.- " = 40 "	31,20 "
208 " " "	0,70 " " 35.- " = 50 "	41,60 "

Bisher betragen die Sätze bei Arbeitslosigkeit für männliche Mitglieder nur 75 Pf., für weibliche nur 50 Pf. Bei Krankheit wurden den männlichen Mitgliedern bisher nur 50 Pf., den weiblichen nur 30 Pf. pro Tag gezahlt. Die Maximalsumme für die männlichen Mitglieder bei längster Mitgliedschaft betrug, bei Arbeitslosigkeit wie Krankheit, 37,50 M., für weibliche Mitglieder 30 M.

Die Statutenänderung ergab folgendes: Bei dem Abfag: „Zweck des Verbandes“ beschloß der Verbandstag, Sterbeunterstützung einzuführen. Das Eintrittsgeld zum Verbands wurde von 30 auf 50 Pf. für männliche und von 20 auf 25 Pf. für weibliche Mitglieder erhöht. Außerdem wurden beim Abfag „Beitritt“ noch einige Zusätze beschlossen, u. a., daß bei Uebertritt wegen Berufswechsel aus anderen Gewerkschaften den Uebertretenden die in der anderen Gewerkschaft geleisteten Beiträge angerechnet werden können, und die folgende Bestimmung eingefügt:

Mitglieder ausländischer, gleichen Zwecken dienenden Vereinigungen treten mit der Anmeldung in alle statutarischen Rechte — ausschließlich Unterstützung in Fällen der Erwerbslosigkeit — und Pflichten unter Anrechnung ihrer Mitgliedschaft obgenannter Vereinigungen über. Das Datum des Uebertritts ist vom Bevollmächtigten resp. dem dazu Beauftragten im Buch zu bescheinigen, desgleichen wieviel Unterstützung (auch im Ausland) im letzten Jahre bezogen und wie weit die Beiträge im Ausland bezahlt wurden. Die Pflicht der Beitragszahlung beginnt an dem Tage, an welchem das Mitglied seinen letzten Beitrag im Ausland entrichtet hat.

stand zurückzuführen. In namentlicher Abstimmung wird die Sitzverlegung mit 34 gegen 7 Stimmen angenommen.

Den Filialen werden für örtliche Bedürfnisse künftig 12 statt 7 Proz. der Bruttoeinnahme belassen.

Das Fachorgan, bisher vierzehntägig, soll in Zukunft dreimal im Monat erscheinen.

Die weiteren statutarischen Änderungen beanspruchen kein außerberufliches Interesse, ebenso die Änderungen zum Wahl- und Streikreglement. Ferner wird eine Neuordnung der Agitationsbezirke beschloffen.

Zum Gewerkschaftskongreß soll stets der Verbandsvorsitzende, sowie ein Delegierter aus der Mitte des Verbandstages als Vertreter entsandt werden. Als Vertreter zum nächstjährigen Kongreß werden Saupe und Koch-München, zum internationalen Arbeiterkongreß Saupe gewählt. Als Sitz des Verbandes wird mit 37 gegen 4 Stimmen Berlin bestimmt, als Sitz des Ausschusses Magdeburg. Zum ersten Vorsitzenden wird Saupe-Magdeburg, als zweiter Hecht-Berlin, sowie Bischoff als Hauptfasser und als Vorsitzender des Ausschusses Meyer-Magdeburg gewählt.

Eine Sympathierevolution zugunsten der ausgepörrten Holzarbeiter, Schneider und Bremer Werftarbeiter wird einstimmig angenommen.

Der nächste Verbandstag findet in Mannheim statt. Der Vorstand wird beauftragt, bis zum nächsten Verbandstag Vorschläge für die Anstellung eines süddeutschen Agitationsleiters zu machen. Für die Zukunft des bisherigen Hauptfasserers soll durch den Hauptvorstand und die Filiale Hamburg gesorgt werden.

Der wöchentliche Beitrag wird nunmehr auf 60 Pf. pro Woche festgesetzt. Ein Beitragserlaß in Krankheitsfällen findet nicht mehr statt. Extrabeiträge bedürfen der Genehmigung des Verbandsvorstandes.

Das neue Statut tritt am 1. Januar 1908, der erhöhte Beitrag am 1. Juli 1907 in Kraft. Ueber den Zeitpunkt der Sitzverlegung wird beschloffen, daß die neue Centralverwaltung am 1. Oktober 1907 in Kraft tritt. Den beiden bisher bezoldeten Beamten wird eine einmalige Teuerungszulage von je 200 Mk. bewilligt. Die Berichte der Rechnungs- und der Beschwerdef Kommission werden zur Kenntnis genommen und sämtliche Rückstände der Filialen gestrichen. Dem bisherigen Vertreter des Verbandes im Gewerkschaftsausschuß, Genossen Fritz-Berlin, wird aus Anlaß seiner Agitation für eine andere Organisation innerhalb des Verbandes das Mandat zum Gewerkschaftsausschuß entzogen.

Nach einem Referat über die Regelung der Arbeitsverhältnisse wird der Vorstand beauftragt, einen Normaltarif auszuarbeiten, der besonders eine einheitliche Regelung der Montage-Extraentschädigung berücksichtigt.

Sodann werden Vorstand und Ausschuß ermächtigt, alljährlich ein Mitglied der Organisation an den von der Generalkommission veranstalteten gewerkschaftlichen Unterrichtskursen teilnehmen zu lassen.

Ein Antrag auf Schaffung einheitlicher Uebertrittsbedingungen für gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in allen Ländern, besonders mit Einschluß der Vereinigten Staaten, wird der Generalkommission überwiesen.

Am späten Nachmittag des 6. April wurden die Verhandlungen geschlossen.

Der Verband der Portefeuille- und Leder-galanteriearbeiter Deutschlands

hielt vom 30. März bis 4. April in Berlin seinen zweiten Verbandstag ab. Anwesend waren 28 Delegierte und zwei Vertreter der Zwischenmeisterorganisation als Gäste. Die Organisation hat in den drei letzten Jahren nach dem vorausgegangenen Verbandstag eine Steigerung der Mitglieder von 2451 auf 3977 zu verzeichnen, darunter befinden sich 3521 männliche und 456 weibliche Mitglieder. Die Zahl der Zahlstellen hat sich in dem Zeitraum von 25 auf 32 erhöht.

In der Portefeuille-Industrie schätzt der Bericht des Vorstandes die Zahl der beschäftigten Arbeiter auf rund 5500. Von diesen sind 3977 im Verband der Portefeuille, ungefähr 150 im Buchbinder-Verband, 190 im Verband der Sattler und 150 in christlichen Gewerkschaften organisiert. In den eigentlichen Zentren der Portefeuille-Industrie, wie in Berlin, Leipzig, Freiberg, Nürnberg, Stuttgart, Offenbach und Umgegend sind mehr als 90 Proz. der männlichen und 36 Proz. der weiblichen Arbeiter organisiert. In der Branche sind Lohnkämpfe abgeschlossen, die alle Arbeiter umfassen. Zu großen Lohnkämpfen ist es dabei nicht gekommen, die Ausgaben für Streiks und Maßregelungen erreichen deshalb auch nur die Summe von 6121,31 Mk. Was die Ergebnisse dieser Tarifabschlüsse anbetrifft, so wies der Vorsitzende darauf hin, daß die Akkordlöhne bis zu 33 1/2 Proz. erhöht wurden. Nach Ermittlungen der Ortskrankenkasse in Offenbach ergibt sich, daß in der Portefeuille- und Sattlerwaren-Industrie im Jahre 1903 2065 Mitglieder vorhanden waren, von diesen hatten 696 einen Verdienst von 4 Mk. und darüber; im Jahre 1906 hatten von 3005 Mitgliedern 1389 einen Verdienst von 4 Mk. und darüber.

Der Kassenbestand ist ein günstiger; in den drei letzten Jahren verfügte der Verband über eine Einnahme von 164 002,38 Mk., während sich die Ausgabe auf 66 091,48 Mk. belief, so daß ein Gesamtvermögen von 97 910,90 Mk. vorhanden ist. Die Statistik der Krankenunterstützung ergibt für die männlichen Mitglieder 557 Erkrankungsfälle und 10 405 Unterstützungstage, für die weiblichen Mitglieder 68 Fälle und 1269 Unterstützungstage.

Bei Behandlung des Punktes Tarifs-gemeinschaft gab der Vorsitzende Weinschild eine interessante Schilderung des Tarifabschlusses und der grundsätzlichen Stellung zu solchen Vereinbarungen. Redner schildert dabei eingehend auch die technische Entwicklung des Berufes, im besonderen die Nutzbarmachung der Maschinenarbeit, die man früher in dem Beruf nicht für möglich gehalten hätte. Die Organisation habe sich nicht gegen die Einführung der Maschinen gewandt, sondern nur dafür gesorgt, daß nicht die Maschinenarbeit zum Nachteil der Arbeiter ausschlage, vielmehr, soweit die Entlohnung in Betracht kommt, eine Besserung herbeigeführt wird. Ob nach Ablauf des Tarifes im Jahre 1908 ein neuer Tarif ohne große Kämpfe möglich sein wird, kann gegenwärtig nicht mit Bestimmtheit gesagt werden, vor allem muß die Organisation gerüstet sein, um eventuell auch mit dem nötigen Nachdruck die Forderungen zu vertreten.

Ein Vertreter der Zwischenmeisterorganisation erklärte, daß er gegen die Organisation der Arbeiter viele Bedenken gehabt habe, nicht minder dagegen, daß die Zwischenmeister sich organisieren sollten. Aber er habe sich mittlerweile von der Nützlichkeit der Organisation überzeugt. Anfänglich glaubte er,

Bei Uebertritten aus Portefeullerorganisationen anderer Richtung wurde die Anrechnung der geleisteten Beiträge dem Vorstand anheimgegeben.

Der Wochenbeitrag wurde von 30 auf 45 Pf. erhöht.

Die Erwerbslosenunterstützung wird bei Arbeitslosigkeit vom vierten Tage ab, bei Krankheit von der zweiten Woche ab bezahlt.

Die Sterbeunterstützung wurde in folgender vom Vorstand vorgeschlagener Form und Höhe beschlossen:

a) Für männliche Mitglieder:

1. Nach 104wöchentlicher Mitgliedschaft und Beitragsleistung = 20 Mk.
2. Nach 156wöchentlicher Mitgliedschaft und Beitragsleistung = 30 Mk.
3. Nach 208wöchentlicher Mitgliedschaft und Beitragsleistung = 40 Mk.
4. Nach 260wöchentlicher Mitgliedschaft und Beitragsleistung = 50 Mk.

b) Für weibliche Mitglieder:

1. Nach 104wöchentlicher Mitgliedschaft und Beitragsleistung = 15 Mk.
2. Nach 156wöchentlicher Mitgliedschaft und Beitragsleistung = 20 Mk.
3. Nach 208wöchentlicher Mitgliedschaft und Beitragsleistung = 25 Mk.
4. Nach 260wöchentlicher Mitgliedschaft und Beitragsleistung = 30 Mk.

Sodann beschloß der Verbandstag die Einführung einer Beihilfe zu den Umzugskosten für Mitglieder, welche einen eigenen Haushalt haben und infolge unfreiwilliger Arbeitslosigkeit ihren Wohnort wechseln. Bedingung ist, daß der Ueberfiedlungsort mindestens 20 Kilometer vom bisherigen Wohnort entfernt liegt. Die Beihilfe darf die tatsächlichen Ueberfiedlungskosten sowie die folgenden Sätze nicht übersteigen: nach mindestens zweijähriger Mitgliedschaft und Beitragsleistung 30 Mk., nach dreijähriger 40 Mk. und nach vierjähriger 50 Mk.

Der Ausschuß soll künftig alle Beschwerden über die Beschlüsse des Vorstandes, vorbehaltlich der Berufung an den Verbandstag, erledigen. Auf Verlangen des Ausschusses ist der Vorstand gehalten, über einzelne Punkte Bericht zu erstatten.

Die Gehälter der Lokalbeamten und die Unterhaltungskosten der Büroräume der Zahlstellen sollen aus der Zentralkasse bestritten werden. Die Zahlstellen erhalten 10 Proz. der Verbandsbeiträge — statt bisher 15 Proz.

Ein Antrag, die Preßkommission abzuschaffen, wurde abgelehnt.

Hierauf wurde das Streikreglement zur Beratung gestellt. Der Entwurf, den der Vorstand ausgearbeitet hat, wurde ohne längere Debatte angenommen. Die Streifunterstützung wird erhöht und zwar für weibliche Mitglieder von 6 auf 7 Mk., für männliche ledige Mitglieder von 9 auf 12 Mk. und für männliche verheiratete Mitglieder von 12 auf 15 Mk. Für jedes Kind wird außerdem 1 Mk. pro Woche gezahlt.

Die erhöhten Beiträge sollen vom 1. Juli 1907 ab gezahlt werden; die erhöhten Unterstützungssätze treten am 1. Oktober 1907 in Kraft.

Der Verbandstag beschloß, vorläufig von der Anstellung eines zweiten Beamten abzusehen; sollte sich jedoch während der Tarifbewegung die Anstellung notwendig machen, so ist die Stellung auszusprechen. Dann wurden die Gehälter festgesetzt und zwar für den Geschäftsführer (Verbandsvorsitzenden)

auf 2400 Mk., steigend nach dem ersten Jahr um 100 Mk., dann um 50 Mk. jährlich bis zum Höchstgehalt von 3000 Mk.; für den eventuell anzustellenden zweiten Verbandsbeamten und für die Lokalbeamten auf 1800 Mk., steigend jährlich um 100 Mk. bis zum Gehalt von 2100 Mk., dann um 50 Mk. bis zum Höchstgehalt von 2400 Mk. Die Beiträge zur Kranken- und Invalidenkasse werden ganz, die zur Unterstützungsvereinigung zur Hälfte von der Verbandskasse gezahlt.

Das Amt des Verbandsvorsitzenden und Redakteurs soll auch fernerhin von einer Person verwaltet werden. Der Sitz des Verbandes ist nach wie vor Offenbach a. M. Als Verbandsvorsitzender und Redakteur wurde Hermann Weinschild einstimmig wiedergewählt, als Verbandskassierer Johann Buch. Der Sitz des Verbandsausschusses bleibt in Berlin. Zum Ausschußvorsitzenden wurde Hermann Wolf gewählt.

Als Ort für die Abhaltung des nächsten ordentlichen Verbandstages wurde Offenbach gewählt.

Dritter Verbandstag des Verbandes der Hoteldiener.

Leipzig, 2.—5. April.

Anwesend sind 53 Delegierte, darunter drei Vertreter des Hauptverbandes und Ausschusses, und der Genosse Boesch für den Verband der Gastwirtsgehilfen. Die Generalkommission vertritt Knoll.

Der Mitgliederbestand des Verbandes ist seit dem 1. Januar 1905 von 1697 auf 3109 gestiegen; letztere Zahl beruht jedoch nur auf teilweiser Schätzung, da einzelne Ortsverwaltungen hierüber keine Angaben gemacht haben. Der Bericht des Vorstandes konstatiert, daß die neuen Mitglieder sich vielfach nur wegen der Stellenvermittlung aufnehmen lassen und, wenn diese ihren Erwartungen nicht immer voll entspricht, dem Verbandsverbande wieder den Rücken kehren. Der Mangel an freier Zeit und das Trinkgeldwesen erweisen sich als ein Hemmnis der Organisation. Die agitatorische Tätigkeit der Hauptverwaltung war eine ziemlich rege. Die Haupttätigkeit der Organisation liegt bis jetzt auf dem Gebiete der Stellenvermittlung. Es wurden, soweit festgestellt, 1695 Stellen vermittelt, wodurch den betreffenden Mitgliedern 23 115 Mk. an Kosten erspart wurden. Die Kosten der Hauptkasse hierfür beliefen sich auf 11 644 Mk. Der Vorstand regt eine Einschränkung dieser Ausgaben an.

Auf dem Gebiete der Lohnbewegungen usw. hat der Verband bis jetzt nur geringe Erfolge aufzuweisen. In Hamburg hat eine erfolgreiche Arbeitseinstellung stattgefunden, wo ein Hotelbesitzer den Hoteldienern das Essen verweigerte. In Berlin gelang es in zwei Fällen Lohnverbesserungen ohne Arbeitseinstellungen herbeizuführen. Der nachgesuchte Anschluß an die Kommission gegen den Kost- und Logiszwang wurde von letzterer abgelehnt, weil der Verband der Generalkommission nicht angeschlossen ist. Der Verband hat vielfach Versuche gemacht, den Bahnhofsdienst für die Berufsangehörigen zu erleichtern; in den meisten Fällen ohne jeden Erfolg, da es die Behörden an jedem Entgegenkommen fehlen lassen. Der Bahnhofsdienst kostet den damit beauftragten Hoteldienern pro Kopf täglich circa 1 Mk. Ausgaben für Bahnsteigkarten, ohne daß dieselben deshalb höhere Einnahmen haben. Internationale Hotelbesitzervereine und der Verband reisender Kaufleute haben einer Anregung des Verbandes, den Hoteldienern für Gepäcktransport und Kleiderreinigen einen Anspruch auf Bezahlung

einzuräumen, zugestimmt. Mehrere andere Unternehmerorganisationen verhalten sich jedoch ablehnend. Eine Petition des Verbandes betreffs Ausdehnung der Bundesratsverordnung über die Beschäftigung von Gehilfen und Lehrlingen im Gastwirtsgewerbe auf die Hoteldiener, wurde vom vorigen Reichstage dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen. Der Vorstand konstatiert, daß durch die Reichstagswahlen des Jahres 1907 die Hoffnungen der Hoteldiener wesentlich herabgestimmt worden sind.

Das Fachorgan mußte in den letzten zwei Jahren wesentlich erweitert werden. Die Einnahmen der Berichtsperiode beliefen sich — einschließlich eines alten Kassenbestandes von 10 891 Mk. — auf 58 331 Mk., die Ausgaben auf 34 366 Mk. Der Kassenbestand beträgt 23 964 Mk. Vom Ausschluß wird betont, daß der Hauptvorstand in vollem Maße seine Schuldigkeit getan hat.

In der Diskussion über den Vorstandsbericht werden erhebliche Monita nicht vorgebracht. Vielfach wird die Tätigkeit des Vorstandes lobend anerkannt. Eine Reihe auf die innere Verwaltung bezüglicher Anträge gelangen zur Annahme. Aus den Berichten der Delegierten ergibt sich, daß vielfach hinsichtlich des Logiswesens beim Arbeitgeber äußerst ungesunde Verhältnisse bestehen. Hier und da ist durch Eingreifen der Gewerbeinspektion Wandel geschaffen worden. Auch über die Beköstigung werden bittere Beschwerden geführt; ein Münchener Delegierter behauptet, daß dem dortigen Hotelpersonal oftmals verdorbenes Fleisch vorgelegt wird. Eine große Anzahl Delegierter wünscht eine allgemeine Petition an die Eisenbahnbehörden, um dieselben zur Herausgabe von Bahnsteig-Monatskarten zu veranlassen. In bezug auf den Bahnhofsdienst wird berichtet, daß einzelne Bahnhofsvorstände den Hoteldienern den Aufenthalt in den Vorhallen der Bahnhöfe gestattet haben, während das in den meisten Fällen selbst bei schlechtestem Wetter nicht gestattet ist. Von einzelnen Rednern wird als radikalstes Mittel zur Beseitigung der Scherereien auf den Bahnhöfen empfohlen, das Heranbringen von Gepäck an den Zug gänzlich zu unterlassen; man solle dasselbe nur bis an die Sperre bringen und das weitere dann den Gepäckträgern überlassen. Von anderer Seite wird das als undurchführbar bezeichnet. Nach Erledigung dieses Punktes tritt der Verbandstag in die Beratung der Frage: Anschluß an den Verband der Gastwirtsgehilfen. Das Referat hierüber hält Bommert-Berlin. Derselbe befürwortet den Anschluß aus prinzipiellen und praktischen Gründen und hält auch die vom Verbands der Gastwirtsgehilfen angebotenen Uebertrittsbedingungen für durchaus vorteilhaft und akzeptabel. — Das Korreferat hält Engel-Frankfurt a. M. Die Ausführungen desselben bewegen sich fast ausschließlich in Neußerlichkeiten; dieselben klingen dahin aus, daß die Hoteldiener für die Einheitsorganisation noch nicht reif seien. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen wäre der Zusammenschluß nur ein Hemmnis für beide Teile. Der Vorsitzende des Gastwirtsgehilfenverbandes, Genosse Boesch, unterzieht die Ausführungen des Korreferenten einer eingehenden Kritik, nachdem derselbe einleitend betont, daß er nicht die Absicht habe, mit allen rhetorischen Mitteln auf den Zusammenschluß der beiden Verbände hinzuwirken, wenn nicht wenigstens die Mehrheit der Mitglieder dafür ist, was zurzeit der Fall nicht zu sein scheint. Beide Verbände befinden sich in der günstigen Lage, von fortgeschrittenen Organisationen zu lernen, sich die Erfahrungen derselben zunutze zu

machen. Die weitere Diskussion über die in Rede stehende Frage ist eine äußerst lebhaft. Die Verschmelzung wird ebenso warm befürwortet, wie sie von anderer Seite bekämpft wird. In warmer und überzeugender Weise tritt insbesondere der Vorsitzende Dießing für dieselbe ein, nur ersucht derselbe, die Sache nicht übers Anie zu brechen; in zwei Jahren werden die Anschauungen soweit geklärt sein, daß dann die Verschmelzung perfekt werden kann. Der Berliner Ortsverein befürwortet den Abschluß eines Kartellvertrages mit dem Gastwirtsgehilfenverbande.

Der Vertreter der Generalkommission begründet unter lebhafter Zustimmung einen Vorschlag, der Verschmelzung grundsätzlich zuzustimmen und allseitig dahin zu wirken, daß die Verschmelzung auf dem nächsten Verbandstage zur Tatsache werden kann. Es wird sodann eine Kommission gewählt, der auch die Genossen Boesch und Knoll angehören, welche die auf eine Einigung bezüglichen Anträge in eine annehmbare Form zu bringen hat. Dieselbe schlägt dem Verbandstage folgende Resolution vor; dieselbe wird von dem Korreferenten Engel begründet:

Der dritte Verbandstag . . . erklärt seine grundsätzliche Zustimmung zur Verschmelzung mit dem Verbands der Gastwirtsgehilfen, da eine solche für die Mitglieder beider Verbände in prinzipieller und praktischer Hinsicht nur von Vorteil sein kann und sein muß. Da jedoch die Verhältnisse eine sofortige Verschmelzung noch nicht tunlich und praktisch erscheinen lassen, so verpflichten sich die Delegierten, in den Kreisen der Mitglieder: in ehrlicher und rüchhaltiger Weise für die Verschmelzung zu wirken, damit dieselbe auf dem nächsten Verbandstage zur Tatsache werden kann. Im selben Sinne ist auch in den beiderseitigen Fachorganen zu wirken; ebenso wird den Hauptvorständen beider Verbände die Verpflichtung auferlegt, auf ihre Ortsverwaltungen dahin einzuwirken, daß dieselben bei Aktionen von gemeinsamem Interesse nach Möglichkeit Hand in Hand arbeiten, eventuell empfiehlt der Verbandstag beiden Hauptverwaltungen eine Regelung dieser Fragen durch Kartellvertrag.

Unter der Voraussetzung, daß seitens des Verbandes der Hoteldiener in diesem Sinne gewirkt wird, zieht der Verband der Gastwirtsgehilfen seinen Einspruch gegen den Anschluß des Hoteldienerverbandes an die Generalkommission zurück.

Namens des Verbandes der Gastwirtsgehilfen erklärt Boesch die Bereitwilligkeit desselben zum Abschluß des in der Resolution empfohlenen Kartellvertrages. Die Resolution wird hierauf in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen.

Es folgt die Beratung über den Anschluß an die Generalkommission. Nach einer kurzen Begründung durch Dießing wird der Anschluß einstimmig beschlossen.

Ueber „Die Schutzgesetzgebung im Gastwirtsgewerbe“ referiert Dießing. Redner empfiehlt eine Resolution, in welcher die ununterbrochene sechs- unddreißigtündige wöchentliche Ruhezeit und die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Hoteldiener gefordert wird. In bezug auf die Einrichtung der Schlafstätten der Hotelangestellten führt der Redner geradezu haarsträubende Einzelheiten an; leider haben selbst in den Fällen, wo Beschwerden an die Gewerbeinspektion usw. gerichtet wurden, diese Behörden oftmals versagt. Es ist zu empfehlen, die Mißstände im Kost- und Logiswesen überall unverhüllt zur Sprache zu bringen. Zur Debatte steht ferner ein Antrag, die Behörden zu veranlassen, Revisionen der Schlaf- und Wohnräume vorzunehmen. In der Diskussion empfiehlt Boesch, nunmehr an den Reichskanzler heranzutreten und denselben zu veranlassen, dem Beschlusse des verflorenen Reichstages bezüglich der Hoteldiener Rech-

nung zu tragen durch entsprechende gesetzgeberische Maßnahmen.

Die Debatte endete mit Annahme der in Rede stehenden Resolution; auch soll die Hauptverwaltung Schritte im Sinne der Ausführungen Roetzschs und zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Berufsangehörigen unternehmen. Ueber „die Stellenvermittlung“ referiert Waller-Bonn. Die Ausführungen des Referenten richten sich in der Hauptsache gegen die gewerbsmäßigen Stellenvermittlungsbureaus. In der Debatte, an der sich auch der Genosse Roetzsch beteiligt, wird besonders darauf hingewiesen, daß junge Mitgliedschaften als erstes fast immer einen Stellennachweis einrichten. Daher resultieren die unverhältnismäßig hohen Ausgaben auf diesem Gebiet. Es muß deshalb darauf hingearbeitet werden, daß nur Mitgliedschaften, die den Stellennachweis selbst erhalten können, solche errichten. Die beste Stellenvermittlung ist eine starke Organisation. Im übrigen ist die staatliche und kommunale Arbeitsvermittlung zu fordern. Bezüglich des städtischen Arbeitsnachweises in Stuttgart teilt ein Frankfurter Delegierter mit, daß derselbe Nachfragen, die er selber nicht erledigen kann, einem gewerbsmäßigen Stellenvermittler in Köln zur Erledigung überweist. Zur Annahme gelangt eine Resolution, in welcher verlangt wird, daß, solange die gewerbsmäßige Stellenvermittlung nicht durch Gesetz überhaupt beseitigt ist, möglichst scharfe Ueberwachungs- und Strafbestimmungen für dieselbe geschaffen werden. Die sonstigen Anträge auf Errichtung von örtlichen Arbeitsnachweisen durch die Organisation usw. werden dem Hauptvorstande überwiesen.

Ueber „Tarifwesen“ referiert Milde-Berlin. Derselbe plädiert in der Hauptsache für Beseitigung des Trinkgeldwesens und Einführung einer festen, tarifmäßigen Entlohnung, zumal die Rechtsprechung den Hoteldienern nicht einmal ein unbestrittenes Recht auf Bezahlung geleisteter Arbeit durch Trinkgelder zugesteht. Es soll der Versuch gemacht werden, auf der bereits geschaffenen Grundlage (Vereinbarung mit dem internationalen Hotelbesitzerverbande) weiter zu bauen. Die vom Referenten empfohlene Resolution wird einstimmig angenommen. Ueber „Agitation“ referiert Brüche. Alsdann tritt der Verbandstag in die Statutenberatung ein. Der Beitrag wird auf 30 Pf. pro Woche festgesetzt; bisher betrug derselbe 1 Mk. pro Monat. Die Delegiertensteuer von 1 Mk. pro Jahr bleibt bestehen. Wiedereintretende haben das dreifache Eintrittsgeld (3 Mk.) zu entrichten. Die Krankenunterstützung wird erhöht; anstatt bisher 5 Wochen à 6 Mk. werden 6 Wochen à 7 Mk. gewährt. Die Sterbeunterstützung betrug bis 30 Mk. steigend um 5 Mk. pro Jahr bis 60 Mk.; dieselbe wird auf 45 bezw. 75 Mk. erhöht. Die Kontrollmaßnahmen für Kranke werden etwas erleichtert. Durch Resolution wird den Ortsverwaltungen die Errichtung lokaler Fonds empfohlen. Ein Antrag betr. weitgehender Unterstützung gemäßigter Mitglieder wird dem Hauptvorstande zur Berücksichtigung überwiesen. Alle Anträge auf Aenderung des Formats oder der Erscheinungsweise des Fachorgans werden abgelehnt. Einstimmig beschließt der Verbandstag die Anstellung eines zweiten Beamten im Hauptvorstande. Das Gehalt desselben wird auf 1800 Mk. festgesetzt. Auch wird die Beteiligung an den gewerkschaftlichen Unterrichtskursen beschlossen. Als Verbandsvorsitzender wird Diesing wieder gewählt; derselbe wird auch als Delegierter zum internationalen Kongreß und zum nächsten

Gewerkschaftskongreß gewählt. Der nächste Verbandstag findet in München statt.

Lohnbewegungen und Streiks.

Streiks und Aussperrungen.

Die Generalaussperrung der Schneider ist durch telegraphische Verständigung zwischen den beiden Vorständen der Unternehmer und Arbeiter in Berlin und München am 9. April beendet worden. Am 11. April erfolgt allenthalben die Wiederaufnahme der Arbeit. Die Vereinbarung neuer Lohn- und Arbeitstarife erfolgt von Ort zu Ort.

Aus Unternehmerkreisen.

Gewerkschaftliche Aktionäre.

In unangenehmer Weise überrascht wurde die jährliche Generalversammlung der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt A. G. des Herrn Ballin vom 28. März d. J., als sich in derselben ein Herr Müller zum Wort meldete und unter Hinweis auf eine Reihe von wirtschaftlichen Kämpfen darüber Auskunft verlangte, was Direktion und Aufsichtsrat zur Verhinderung dieser Kämpfe getan hätten. Die scharfe Haltung der Direktion habe wesentlich zum Ausbruch dieser Konflikte beigetragen.

Herr Ballin, blaß vor Wut, erwiderte: Ihm scheine, unter dem populären Namen „Müller“ verborge sich der bekannte sozialdemokratische Agitator und Vorsitzende des Seemannsverbandes P. Müller. Er lege Herrn Müller zwar den wärmsten Dank dafür zu Füßen, daß er so ungemessenes Vertrauen zur Direktion bekunde, daß er die sicher nicht bescheidenen Mittel des Seemannsverbandes in Paketfahrtaktien anlege. Im übrigen erwartete wohl Herr Müller selbst nicht, daß er ihm antworte. Das eisige Schweigen der Versammlung werde Herrn Müller darüber belehren, daß in diesen, dem ehrbaren Kaufmann vorbehaltenen Räumen kein Resonanzboden für sozialdemokratische Agitationsreden sei.

Von „eisigem Schweigen“ war natürlich nichts zu spüren, vielmehr tobten die überraschten Aktionäre bei den Ausführungen des Genossen Müller wie besessenen und begleiteten Ballins Rede mit lärmendem Beifall, der sich sofort wieder in unqualifizierbare Standalrufe verwandelte, als Genosse Müller darauf hinwies, daß Herr Ballin gesetzlich verpflichtet sei, die verlangte Auskunft zu geben. Herr Ballin verweigerte indes jede Antwort durch die Erklärung: Mit Ihnen, Herr Müller, werden wir nicht verhandeln und wenn Sie all Ihr Vermögen oder das des Verbandes bei uns anlegen.

Da unterdes auch Genosse Döring, der Vorsitzende des Hafenarbeiterverbandes, gewillt war, als „Aktionär“ mit den Herren ein Wörtlein zu reden, so würde schleunigst ein Schlußantrag eingebracht. Gegen denselben wandte sich Genosse Schulzki, der Vertreter des Aktionärs „Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter“, der den Herren deutlich zu Gemüte führte, daß sie ihre Sache nicht durch Unterdrückung der Minorität förderten. Unter allgemeinem Tumult wurde dem Redner das Wort entzogen und der Schlußantrag angenommen.

Die Ballin-Presse ist natürlich sehr aufgebracht über dieses „sozialdemokratische Intermezzo“. Ihr Loben zeigt nur, daß den Herren von der S. A. P. A. G. die rückhaltlose Kritik der gewerkschaftlichen Aktionäre äußerst fatal sein mußte.